Einzelpreis 30 Pf.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Sindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 5. — Fernsprechanschlüsse: Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitungsliste 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 18.00 Mk., monatlich 6.00 Mk. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 17.10 Mk., monatlich 5.70 Mk. Bei den Postanstalten viertelj. 18.00 Mk., monatl. 6.00 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 30 Pf. — Anzeigengebühr: die 5gespaltene Nonpareillezeile 1.00 Mk., im Reklameteil Zeile 3.50 Mk., Vereinskalender Zeile 50 Pf. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postscheckkonto: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 200. Magdeburg, Freitag den 27. August 1920. 31. Jahrgang.

Die Pilgerfahrt nach Moskau.

21 Knutenhiebe.

Die Unabhängigen haben ihre beiden Parteivorsitzenden Däumig und Crispien und ihren Parteisekretär Stöcker nach Moskau zum zweiten Kongreß der dritten Internationale gesandt, um dort die Aufnahme in den heiligen Kreis derer um Lenin und Trotzki zu erlangen. Die deutschen Sowjet-Pilger kehren in diesen Tagen nach Berlin zurück, nachdem die Unabhängige Partei lange Wochen in banger Pein der Erwartung verbracht hat. Und in diesem Augenblick beginnt die Berliner „Freiheit" das Ergebnis der Moskauer Beratungen der Oeffentlichkeit mitzuteilen.

Die Unabhängigen können danach in die Moskauer Internationale aufgenommen werden; sie brauchen nur die

21 Bedingungen

zu erfüllen, die ihnen dort vorgeschrieben worden sind. Da muß erstens die gesamte Propaganda und Agitation einen wirklich kommunistischen Charakter tragen und dem Programm und den Beschlüssen der dritten Internationale entsprechen. Alle Presseorgane der Partei müssen von zuverlässigen Kommunisten geleitet werden. Die Diktatur des Proletariats muß täglich und systematisch propagiert werden. Die gesamte unabhängige Presse muß völlig dem Parteivorstand unterstellt werden und darf keine Politik führen, die nicht ganz der Politik der Partei entspricht.

In der Presse, in Volksversammlungen, in den Gewerkschaften, in den Konsumvereinen müssen die Reformisten aller Schattierungen systematisch und unbarmherzig gebrandmarkt werden. Da müssen zweitens von allen verantwortlichen Posten die „Reformisten" und die im „Zentrum" der Partei sitzenden Mitglieder, also die Hilferding, Kautsky, regelrecht und planmäßig hinausgeworfen werden. Und wenn diese Kerle noch so große Kenntnisse und Erfahrungen besitzen, für sie soll kein Raum sein in der Partei, sie müssen durch einen zbeliebigen Kommunisten ersetzt werden.

Da wird drittens die Partei verpflichtet, sich eine

Geheimorganisation

illegal, d. h. außerhalb der Gesetze, zu schaffen, welche die Phase des Bürgerkriegs planmäßig vorbereitet. Da wird viertens diese illegale Organisation besonders für das Heer gefordert, und ihre Nichtschaffung als Verrat an der dritten Internationale und allen revolutionären Pflichten angesprochen.

So geht es durch 21 Punkte weiter. Im siebenten Punkte wird der

Ausschluß „notorischer Opportunisten",

wie Kautsky, Hilferding, Longuet, Macdonald gefordert. Diejenigen Unabhängigen, deren Ausschluß nicht ausdrücklich gefordert wird, wie Dittmann, Oskar Cohn und Crispien dürfen in den neuen Parteiinstanzen höchstens ein Drittel der Sitze einnehmen, sind also von vornherein in aussichtsloser Minderheit. Der Mehrheit wird dann die Pflicht auferlegt, planmäßig von Zeit zu Zeit die Partei zu säubern und die übriggebliebenen nicht reinen Kommunisten herauszuwerfen. Auch der persönliche Bestand der Parlamentsfraktionen soll fortdauernd revidiert werden, damit keine „unzuverlässigen Elemente" darin verbleiben. Ueberhaupt sind von Zeit zu Zeit Säuberungen des Bestandes der Parteiorganisation vorzunehmen, um die Partei „von den sich einschleichenden „kleinbürgerlichen Elementen" systematisch zu säubern".

Ist so für die nötige Personenauswahl gesorgt, dann ergibt sich das Sachliche von selbst. Die alten sozialdemokratischen Programme sind abzuschaffen und neue kommunistische dafür einzutauschen. Aber das

neue kommunistische Programm der Unabhängigen

gilt erst, wenn es die Bestätigung des Moskauer Exekutivkomitees erhalten hat. Umgekehrt sind alle Beschlüsse des Moskauer Exekutivkomitees ohne weiteres für alle angeschlossenen Parteien und Mitglieder der dritten Internationale verbindlich.

Damit hört natürlich jedes Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Parteien und Völker auf. Moskau befiehlt, und wer zur dritten Internationale gehört, pariert, in schweigendem und bedingungslosem Gehorsam. Jedes eigne Denken ist verboten, die gesamte Presse der der Moskauer Internationale angeschlossenen Parteien steht unter strengster Moskauer Aufsicht und Zensur. Der geistige Belagerungszustand ist in Permanenz erklärt. Als Ersatz der Erzeugnisse eignen Denkens haben alle Preßorgane abzudrucken, was das Exekutivkomitee in Moskau an Veröffentlichungen herausgibt.

Für die Annahme dieser Bedingungen stellt Moskau den Unabhängigen eine

Frist von vier Monaten,

die wohl vom 7. Juli an läuft. Wer sich früher gegen den Eintritt in die Moskauer Internationale ausgesprochen hat, darf Parteimitglied mit geminderten Rechten bleiben; wer aber jetzt noch gegen die Annahme dieser Bedingungen und den Anschluß an Moskau opponiert, fliegt unbarmherzig heraus. Es wird von den Unabhängigen nicht direkt gefordert, daß jeder einzeln auf den Knien zu Paul Levi, dem Gesalbten der Moskauer Kommune in Deutschland, rutscht und um die Aufnahme in die Moskauer Internationale bittet, aber in der Sache läuft es doch darauf hinaus. Nicht einmal das äußerliche Zeichen der Demütigung, die

Annahme des Namens Kommunistische Partei

wird den Unabhängigen erspart.

Was werden sie nun tun? Wir müßten Däumig und Stöcker, Koenen und andre schlecht kennen, wenn wir nicht annehmen sollten, daß sie trotz alledem für Moskau schwärmen, vielleicht sogar in noch heftigerer Liebe zu Moskau erglühen als vorher. Andern Unabhängigen wird es sehr unbehaglich zumute sein. Sie werden sich mit Händen und Füßen sträuben, aber wenn man die Arbeiter einmal auf die Hetze gegen die „Verräter" eingeschult und zur Schwärmerei für die Diktatur des Moskauer Proletariats, d. h. der paar Personen seines Exekutivkomitees erzogen hat, ist der Widerstand selbst gegen die entwürdigendste Demütigung durch Moskau außerordentlich schwer.

Die Moskauer Gewalthaber verlangen von den Mitgliedern der dritten Internationale auch hartnäckigen Kampf gegen die

„gelben Gewerkschaftsverbände",

die der Amsterdamer Internationale angeschlossen sind. Damit sind die deutschen freien Gewerkschaften gemeint. Die neugewählten unabhängigen „Gewerkschaftsbonzen", wie Brandes, Dißmann und all die übrigen, werden an die Wand gequetscht, daß sie quietschen. Und die ganze Unabhängige Partei, die schon nicht ein und aus weiß im Konflikt zwischen Gewerkschaften und „revolutionären politischen Arbeiterräten", wird auch gegenüber der Gewerkschaftsbewegung in eine neue endlose Verlegenheit gestürzt.

Moskau ohrfeigt die Unabhängigen, die mit so viel gutem Willen zu ihnen pilgerten, rechts und links. Es zählt ihnen 21 Knutenhiebe auf, aber man kann trotzdem eine gewisse Achtung vor ihnen empfinden. Sie wissen, was sie wollen und gehen rücksichtslos auf ihr Ziel. Aber die Unabhängigen, was wollen sie, was haben sie gewollt, was werden sie wollen? —

Oberschlesien.

Der deutsche Generalstreik wird vorläufig nicht zum Ausbruch kommen, da die Gewerkschaften sich überzeugt haben, daß die Zusicherungen des Generals Lerond über die Wiederherstellung des gesetzmäßigen Zustandes ernsthaft gemeint sind. Auch der polnische Grubenstreik dürfte am Donnerstag endgültig erlöschen, da die Einigung mit den Arbeitern über die Reform der Sicherheitspolizei vollzogen ist. Diese wird in ihrer alten Zusammensetzung nicht mehr für Kampfhandlungen verwendet, bis ihre Umgestaltung durchgeführt ist, das heißt, bis alle nicht oberschlesischen Unterbeamten entfernt sein werden. Bei den Offizieren sollen Ausnahmen gemacht werden können. Zu der Aufstellung dieser neuen Abstimmungspolizei wird die Bevölkerung paritätisch herangezogen werden.

Ein Ausschuß von drei Deutschen und drei Polen entscheidet unter dem Vorsitz des zuständigen Kreiskontrolleurs über die Forderung Korfantys, die er nach eigner Aeußerung in Oppeln durchgesetzt haben will, wonach die Kommission in Kürze alle Personen ausweisen soll, die im letzten Jahre nach Oberschlesien zugewandert sind.

In Oppeln begannen Mittwoch vormittag die Verhandlungen zwischen der Interalliierten Kommission und den Vertretern der Gewerkschaften und Parteien. Diese führten der Kommission den Ernst der Lage vor, der dadurch entstanden ist, daß polnische Banden in Oberschlesien nach wie vor brandschatzen, deutsche Bewohner in gefährlicher Weise drangsalieren und sich als die tatsächlichen Herren von Oberschlesien aufspielen. Besonders in den Kreisen Rybnik und Pleß haben sie ein wahres Schreckensregiment eingerichtet. Die Kommission versprach, Mittel zu ergreifen, um der von den polnischen Banden terrorisierten deutschen Bevölkerung zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Um der Kommission Dampf zu machen, hat die deutsche Regierung eine zweite Note in Paris übergeben lassen. Den Text lassen wir folgen.

* * *

Eine weitere deutsche Note.

Die Lage im oberschlesischen Abstimmungsgebiet hat sich seit dem 21. August in bedrohlicher Weise verschlimmert. Von 17 Kreisen, die unter alliierter Verwaltung stehen, sind 7, darunter der gesamte Industriebezirk, von bewaffneten Aufrührern heimgesucht, die an vielen Stellen die tatsächliche Gewalt an sich gerissen haben. Durch die Unruhen ist in der Kohlenförderung, auf die Deutschland zur Erfüllung der in Spa übernommenen Verpflichtungen anerkanntermaßen angewiesen ist, eine bedenkliche Stockung eingetreten. Damit wächst die Gefahr eines Stillstandes der Industrie und vermehrter Arbeitslosigkeit. Gewalttaten gegen die deutsche Bevölkerung sind an der Tagesordnung. Es wird gemeldet, daß sich

alliierte Truppen mit den Insurgenten verbrüdert

haben. Die Sicherheitspolizei, die im Dienste der Interalliierten Kommission Blut und Leben gegen besser bewaffnete Aufrührer einsetzen mußte, ist trotz ihrer Hilferufe stellenweise ohne Unterstützung gelassen worden.

Die Interalliierte Kommission hatte bei Uebernahme der Verwaltung in Oberschlesien bekanntgegeben, daß sie alle Unruhestifter, wer sie auch sein mögen, rücksichtslos und ohne Gnade verfolgen werde. Alle diejenigen, die den Frieden und die allgemeine Ordnung stören, revolutionäre Komplotte versuchen, offen oder heimlich zum Widerstand gegen die Verwaltung aufhetzen, sollten aufs strengste bestraft werden.

Der Zustand, in dem sich heute das Land befindet, steht mit dieser Kundgebung im Widerspruch. Er widerspricht aber auch dem Vertrag von Versailles, nach dessen Bestimmungen die Interalliierte Kommission

die Pflicht hat, das Land zu schützen,

die Ordnung aufrechtzuerhalten und die Bewohner vor Schaden am Leben und Eigentum zu bewahren.

Wiederholt hat die deutsche Regierung die Aufmerksamkeit der Interalliierten Kommission und der verbündeten Hauptmächte auf die Bewaffnung der polnischen Vereine gelenkt. Sie hat durch authentische Dokumente den Nachweis erbracht, daß von polnischer Seite, offenbar um die Abstimmung zu vereiteln, eine gewaltsame Erhebung vorbereitet wurde. Sie bedauert, feststellen zu müssen, daß ihre Warnungen unbeachtet blieben und so die augenblicklichen Zustände ermöglicht wurden.

Die Erregung der Bevölkerung, die sich dem Terror einer bewaffneten Minderheit preisgegeben sieht, wächst und kann zu

Folgen von unabsehbarer Tragweite

führen. Die Möglichkeiten zur Einwirkung sind für die deutsche Regierung gering, da ihr der unmittelbare Verkehr mit dem Abstimmungsgebiet versagt ist. Von den ihr gebliebenen beschränkten Möglichkeiten macht sie Gebrauch, um eindringlich zur Ruhe und zur Besonnenheit zu mahnen. Ihre Mahnungen werden aber auf die Dauer nur dann Erfolg haben, wenn in der Bevölkerung das Vertrauen auf Recht und Gerechtigkeit wiederhergestellt wird.

Dazu ist erforderlich, daß die einheimischen Insurgenten vollständig entwaffnet und die über die Grenze eingedrungenen Unruhestifter des Landes verwiesen werden, die Sicherheitspolizei wieder in ihre Rechte eingesetzt und die Verwaltung der insurgierten Kreise und Orte den gesetzlichen Behörden zurückgegeben wird.

Rasches Zugreifen ist nötig.

Auch kommt es darauf an, daß die Anordnungen der obersten Stelle von allen Organen gewissenhaft befolgt werden. Wirksame Maßnahmen gegen eine Wiederholung der sich jetzt abspielenden Ereignisse sind unerläßlich.

Die alliierten Mächte werden dem deutschen Volke nicht zumuten wollen, schweigend mitanzusehen, wie Deutsche in Oberschlesien vergewaltigt werden. Das Recht und die Pflicht der deutschen Regierung ist es, sich zum Sprecher des verletzten Volksempfindens zu machen und darauf zu bestehen, daß das eng mit dem übrigen Reiche verwachsene Land im Einklang mit den bestehenden Verträgen behandelt und verwaltet wird. —

* * *

Das Verbrechen des Generalstreiks.

In der Notwehr gegen die Gewalttätigkeiten der Polen und die Parteilichkeiten der Interalliierten Kommission drohen die Deutschen Oberschlesiens seit einigen

Tagen mit dem Generalstreik, ihrer einzigen wirksamen Waffe. Alle deutschen Parteien haben diese Drohung unterschrieben. Die Deutsche Volkspartei, deren Name fehlt, schließt sich durch ihren Zentralvorstand ausdrücklich an.

Die Rechtsparteien haben beim Kapp-Putsch gepredigt, der Generalstreik sei unter allen Umständen das größte Verbrechen. Nun wollen sie selber an einem solchen Verbrechen teilnehmen. —

Opposition gegen den Steuerabzug.

Die immer stärker werdende Opposition von Teilen der Arbeiterschaft gegen den Steuerabzug veranlaßte das württembergische Staatsministerium, in der vergangenen Woche zu erklären, daß der Steuerabzug unter allen Umständen durchgeführt werden muß und daß alle Maßnahmen — wenn nötig, auch die schärfsten — zur regelrechten Durchführung des Gesetzes ergriffen werden müssen.

Die Regierung hat in der Folge mit Vertretern der Großindustrie und dann mit den Betriebsräten der drei größten industriellen Betriebe des Landes verhandelt, mit den Arbeitervertretern der Werke von Bosch in Stuttgart, der Daimler-Motorenwerke in Untertürkheim und der Maschinenfabrik Eßlingen, Werk Hettingen. Diese Verhandlungen mit den Betriebsräten führten zu keiner friedlichen Einigung. Die Arbeiter in Hettingen erklärten sogar, daß jeder Steuerabzug mit Gewalt verhindert werden soll. Die Regierung entschloß sich deshalb zu einem ernsten Vorgehen. In der Nacht zum Donnerstag wurden die genannten Betriebe durch die Polizeiwehr besetzt und die Betriebe für die Arbeiter und Angestellten gesperrt, was durch Plakate der Betriebsleitung wie durch Anzeigen in den Tageszeitungen bekanntgegeben wurde. Das Staatsministerium erließ durch Anschlag folgende Bekanntmachung:

Die Arbeitnehmer der Daimler-Motorenwerke in Untertürkheim, der Boschwerke in Stuttgart-Feuerbach und der Maschinenfabrik Eßlingen, Werk Hettingen, haben die Durchführung der gesetzlichen Vorschrift, den Steuerbetrag vom Lohn abzuziehen, bisher mit Gewalt verhindert und haben erklärt, dies auch fernerhin durch Gewalt zu verhindern. Die Werkleitungen können von der Einhaltung der gesetzlichen Vorschrift, den Steuerbetrag am Lohn abzuziehen, nicht befreit werden. Bei der Aufrechterhaltung des Betriebs kann anderseits ein wirksamer Schutz gegen Gewalttätigkeiten anläßlich der Lohnzahlung nicht gewährleistet werden. Die Werkleitungen werden deshalb im Einverständnis mit der Regierung mit Wirkung vom Donnerstag früh an ihre Betriebe solange geschlossen halten, als die Durchführung des Steuerabzugs mit einer Gefahr für die damit befaßten Vertreter und Angestellten der Betriebe wie für die Betriebsanlagen verknüpft ist. Den Schutz der Betriebsanlagen hat die Polizei übernommen. Versuche, die Werke zu betreten, werden mit Gewalt abgewehrt werden.

gez. Staatsministerium.

Die für Donnerstag fällige Wochenlohnzahlung soll durch die Post erfolgen unter Kürzung durch den 10prozentigen Steuerabzug. —

Und doch!

Die kaiserdemokratische „Magdeburgische" und die gelbe „Tageszeitung" ziehen Arm in Arm, ein edles Geschwisterpaar, gegen uns zu Felde. Sie wollen beweisen, daß die Kommunistenputsche von Köthen, Staßfurt, Schönebeck und im Rheinland keine Spitzelmache sind. Als Beweis benutzt die „Magdeburgische" zunächst eine Darstellung des Köthener Magistrats folgenden Wortlauts:

Die durch Vernehmung verschiedener Teilnehmer an dem Unternehmen angestellten Ermittlungen lassen zunächst kaum noch einen Zweifel darüber bestehen, daß die Idee zu dem Aufstand von der Zentralleitung der Kommunistischen Arbeiterpartei herrührt und der Ausführungsbefehl von dort an die hiesige Ortsgruppe von einer auswärtigen Stelle, wahrscheinlich Berlin, über Magdeburg an die Ortsgruppe im Laufe des 20. August, vormittags, gekommen ist. Die Kürze der Zeit, die zwischen dem Befehl und der Ausführung lag, ist die Erklärung dafür, daß der Plan bis kurz vor seiner Umsetzungg in die Tat geheim geblieben und die Ausführung zunächst gelungen ist.

Damit hält die „Magdeburgische" für Köthen die Spitzelmache für erledigt, und zwar gründlich. Wir nicht! Der Magistrat in Köthen macht ja selbst die Einschränkung, daß „zunächst kaum ein Zweifel bestehe", er läßt also die Möglichkeit offen, daß sich noch Tatsachen ergeben können, die sein Urteil wieder berichtigen können. Und dann die „Zentralleitung" der Kommunistischen Arbeiterpartei! Ja, wer kennt denn die in Deutschland? Wer weiß denn, was in dieser „Zentralleitung" herumwimmelt? Stammen die Flugblätter, die überall verbreitet wurden und zum Kampf aufforderten, wirklich von der K. A. P. D. und der Allgemeinen Arbeiter-Union, oder hat sie irgendwer irgendwo von irgendwem herstellen lassen? Aus den Flugblättern ist das nicht ersichtlich. Wenn die andern Parteileitungen in Deutschland Aufrufe erlassen, weiß man, wer dahinter steht. Von den Aufrufen der K. A. P. D. weiß man nichts.

Wir müssen immer wieder bedauern, daß Arbeiter auf die anonymen Wische und Parolen hineinfallen und hinter halbwüchsigen Burschen und hinter Leuten herlaufen, denen sonst „jeder anständige Arbeiter weit aus dem Wege geht", wie uns mit Recht von Staßfurt geschrieben wurde. Auch in Köthen konnte festgestellt werden, daß drei Viertel der Putschisten Menschen zwischen 16 und 20 Jahren waren.

Nachdem der blaue Dunst über die von den Gewährsmännern der Tante Faber aufgestellte Rote Armee so vollständig verflogen ist, daß selbst sie, die doch so ziemlich jeden Reaktionsschwindel für bare Münze nimmt, nicht mehr daran glauben kann, müssen auch die Väter des Schwindels ihre Taktik ändern, indem sie von dem Massenangriff der roten Gespensterheere zum zerstreuten Gefecht der Ortsputsche übergehen. Die lassen sich leichter in Szene setzen, und in der Aufmachung der bürgerlichen Zeitungen erfüllen sie ihren Zweck als Spießerschreck ebenso gut.

Indessen hat die Kaiserdemokratische noch einen andern Pfeil im Köcher, und den schießt sie auch auf uns ab. Es geht da um den Dr. Berg, der nach den ersten Meldungen bei der Abwicklungsstelle Köthen als Oberleutnant gemimt haben soll. Diese Abwicklungsstelle hat nun festgestellt:

Berg war, wie eine inzwischen eingetroffene Nachricht seiner Heimatsbehörde besagt, nie als Oberlehrer an dortigen höhern Lehranstalten tätig; auch führt er den Titel Doktor zu Unrecht. Eingezogene Erkundigungen bei seinem Feldregiment ergaben, daß ein Berg in den Ranglisten des Regiments nicht [illegible]führt wird. Infolgedessen dürfte auch diese Angabe auf l[illegible]wahrheit beruhen.

Es fehlt nur noch, daß die Abwicklungsstelle erklärt: Ein Mensch namens Berg war überhaupt nicht in Köthen, er existiert nicht. Zunächst wären ja die Quellen der Nachrichtenstelle nachzuprüfen. Daß Berg in seiner Heimat nicht als Oberlehrer tätig war, ist leicht möglich. Woher die Heimatbehörde nun gleich wissen will, daß Berg den Doktortitel zu Unrecht führt, wäre noch zu untersuchen. Mehr als merkwürdig ist es aber, daß das Feldregiment in so außerordentlich kurzer Zeit Auskunft geben konnte. Wenn sonst Auskünfte über Personalien verlangt werden, dauert das, wie viele Kriegsbeschädigte zu ihrem Leidwesen schon erfahren mußten, monatelang. Und wie kam der „falsche" Oberleutnant in die Abwicklungsstelle? Das sind Fragen, die sich doch auch die Redaktion der „Magdeburgischen" vorlegen müßte!

Aber einmal angenommen, die Ermittlungen der Abwicklungsstelle sind richtig, ja liegt denn dann nicht der Schluß viel näher, daß eine solche zweifelhafte Persönlichkeit wie dieser im Regiment unauffindbare Oberleutnant, falsche Doktor und unbekannte Oberlehrer nicht erst recht ein Spitzel ist? Solche Subjekte kann man ja gerade zu dem schmierigen Handwerk gebrauchen. Die „Magdeburgische Zeitung" sollte also erst einmal abwarten, was aus dem im „Schlamm" in Halle versäuberten Berg herausgeholt wird, wenn man was aus ihm herausholen will. Dann wollen wir weiter miteinander reden.

Die gelbe „Tageszeitung" macht sich einen Schwindelbericht der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" zu eigen, in dem erzählt wird:

Oberleutnant Berg erschien am Abend vor dem Putsch in einer von den Kommunisten einberufenen Versammlung zu der auch die Unabhängigen und Mehrheitssozialisten geladen und anwesend waren, und stellte sich dort an die Spitze der kommunistischen Bewegung. Die Unabhängigen erklärten daraufhin, daß sie unter der Führerschaft Bergs an dem Putsch nicht teilnehmen würden, und die Mehrheitssozialisten erklärten sich überhaupt gegen ein derartiges Unternehmen. Aus einem Depot, welches die Kommunisten in Köthen im März nach der Entwaffnung der Zeitfreiwilligen heimlich angelegt hatten, wurden die Putschisten bewaffnet und drangen nach dem Rathaus vor, das sie ebenso wie den Bahnhof und das Postamt kampflos besetzten.

Die Waffen in Köthen — etwa 20 Gewehre — fanden die Putschisten im — Amtsgerichtsgefängnis. Daß sie sie dort gelagert hatten, wird auch die „Tageszeitung" nicht behaupten wollen, und an dem Versammlungsbericht ist nur wahr daß Unabhängige und Sozialdemokraten die Putscherei des Berg ablehnten. Die beiden Blätter müssen schon andres Material herbeischaffen, um unsre Ueberzeugung zu erschüttern, daß es sich bei den Putschen um Spitzelarbeit handelte, und um nichts andres.

Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß die „Magdeburgische" wie die „Tageszeitung" wohlgemut den Spitzelbericht über die Kasparek-Flinten gebracht, aber wohlweislich unterlassen haben, ihren Lesern mitzuteilen, daß sie wieder einmal einem dieser schmierigen Burschen aufgesessen sind. Und das nach dem fürchterlichen Reinfall mit dem Geheimvertrag von Memel und den Roten Armeen. Aber berichtet wird nichts. Anstatt dessen wird die Orgesch weißgewaschen.

Mit Verlaub, Magdeburgische, so eine Methode ist perfid. —

Bisher 80000 Russen übergetreten.

Die Russen haben vor Warschau ihre „Marneschlacht" verloren. Sie ziehen sich auf der ganzen Linie zurück wie die Deutschen im September 1914 in Frankreich. Der Rückzug scheint da und dort in eine regellose Flucht ausgeartet zu sein. Im „Korridor" sind viele russische Regimenter abgeschnitten worden. Sie haben sich nicht alle durchschlagen können. Um der Gefangenschaft zu entgehen, wählten die Abgeschnittenen den Uebertritt auf deutsches Gebiet. Bisher sind schon annähernd 80 000 Russen übergetreten. Es macht ungeheure Arbeit, diese Massen mit ihren Tausenden von Pferden und Wagen in Ostpreußen zu verteilen und unterzubringen.

Den Polen schwillt der Kamm. Sie haben allrussischen Bedingungen für Waffenstillstand und Friedensschluß abgelehnt. Sie wollen wohl demobilisieren, aber nur, wenn Rußland das gleiche tut. Die Forderung der Entwaffnung und der Herausgabe des Kriegsmaterials wird mit Entrüstung abgewiesen. Die Punkte, die sich auf die Bildung einer Arbeitermiliz und auf die Verfügung Rußlands über die Bahnlinie Bialystok—Grajewo, den freien Weg mit Deutschland, beziehen, werden als undiskutierbar erklärt. Die in der Note Lord Curzons angegebene Grenze wird als unannehmbar bezeichnet. Die Verteilung von Land an die Hinterbliebenen der gefallenen polnischen Krieger wird abgelehnt, da sie eine Einmischung in die innern Angelegenheiten und somit eine Verletzung der Souveränitätsrechte Polens bedeute. Die andern Forderungen werden ebenfalls abgelehnt.

Ueber Nacht wird daher eine Wendung in der alliierten Politik, besonders in der Englands, Italiens und der Vereinigten Staaten, eintreten müssen. Denn Polen trifft nun der gleiche Vorwurf, der den Russen gemacht wurde. Sie hatten klar erklärt, daß sie für den Gewinn der Curzon-Linie kämpften, und jetzt, wo sie erfolgreich zu sein scheinen, wollen sie dieses der Entente gegebene Versprechen nicht einlösen.

Darauf weist der russische Außenminister Tschitscherin in einem Funkspruch an seinen Vertreter Kamenew in London hin:

Die Polen kritisieren lediglich und verlangen die Zurückziehung unsrer Bedingungen, geben aber selbst keinerlei Grundlage für einen Frieden an, kein Programm und nichts, was geschäftsmäßig oder sachlich aussehen würde. Sie lehnen energisch die Grenzen ab, welche der Oberste Rat bestimmt hat und geben über ihre eignen Grenzforderungen nur wenig greifbare Allgemeinheiten. Sie schlagen also selbst keine klar umschriebene Grenze vor, sondern lehnen lediglich die Curzon-Linie ab.

Was sich England nicht gefallen lassen kann. Lloyd George muß also schleunigst wieder umkehren. —

Ein bedenkliches Rundschreiben.

Dem Stettiner „Volksboten" ist ein geheimes Rundschreiben der Technischen Nothilfe an alle Nothelfer zugegangen, worin diese aufgefordert werden, sich die Berechtigung zum Waffentragen erneut zu beschaffen. Das Schreiben lautet:

Technische Nothilfe beim
Reichsministerium des Innern — Eingangsdatum
Landesbezirk Pommern
Vertraulich. Eilt!

An alle Nothelfer!

Infolge des neuen Entwaffnungsgesetzes sieht sich der Landesbezirk veranlaßt, sämtliche Mitgliedskarten abzuändern, da der hierauf vermerkte Waffenpassus keine Gültigkeit mehr hat.

Allen Mitgliedern, welche noch Waffen tragen wollen, ist der Landesbezirk durch den Reichsminister des Innern ermächtigt, Waffenscheine bei der zuständigen politischen Behörde zu beantragen.

Wir bitten Sie daher, Ihre Mitgliedskarten zwecks Umänderung resp. Neuausstellung umgehend an uns zurückzusenden und dabei zu bemerken, ob Tragen einer Waffe erwünscht ist, damit die zur Erlangung eines Waffenscheins nötigen Schritte unternommen werden können.

Als nähere Angaben haben wir hierfür noch nötig: Ihr Geburtsdatum, Wohnung, Beruf (spezialisiert) und ein Lichtbild (Paßphoto).

Da die Angelegenheit sehr dringend ist, bitten wir Sie um schnellste Erledigung und zeichnen

(Stempel.)
Technische Nothilfe beim Reichsministerium des Innern.
Ortsgruppe Stettin.

Wir müssen unser Befremden darüber aussprechen, daß eine gleichsam staatliche Organisation in der Entwaffnungsfrage ein so schlechtes Beispiel gibt. Daß man sich hier durchaus bewußt ist, das Entwaffnungsgesetz zu umgehen, beweist die Heimlichkeit, mit der man die Sache betreibt. Der Reichsentwaffnungskommissar Dr. Peters hat erklärt, er werde alles entwaffnen, ob Orgesch oder Kegelklub. Hier kann er einen Anfang machen. —

Spitzelsümpfe überall.

Die Magdeburger Spitzelzentrale stellt einen Einzelfall nur insoweit dar, als es hier dank unsern Bemühungen und dem Eingreifen des Oberpräsidiums einmal gelang, in die dunkeln Machenschaften restlos hineinzuleuchten. In Wirklichkeit ist Deutschland mit einem förmlichen Netz solcher Zentralen überzogen, die meistenteils in allerengstem Zusammenhang mit den militärischen Nachrichtenstellen stehen.

Trotz ihres angeblichen „Abbaues" florieren diese Nachrichtenstellen überall nach wie vor, wie sich aus folgender Anfrage ergibt, die der Reichstagsabgeordnete Genosse Hünlich (Rüstringen) an die Regierung richtet:

In Wilhelmshaven wird bei der Marinestation der Nordsee eine sogenannte politische Nachrichtenabteilung unterhalten. Sie unterstand vor dem Kapp-Putsch dem Oberleutnant z. S. Lange, der seinerseits Kundschafter in Tätigkeit setzte und bezahlte, die vornehmlich die linksstehenden Parteien bespitzeln. Diese Wilhelmshavener Nachrichtenabteilung steht weiter mit andern ähnlichen Stellen anderorts in Verbindung und bildet mit ihnen zusammen ein förmliches Spitzelnetz über das ganze Deutsche Reich.

Aus den neusten Presseberichten ergibt sich, daß diese politischen Nachrichtenabteilungen einen geradezu gemeingefährlichen Charakter angenommen haben.

Ist der Reichsregierung das Bestehen der militärischen Wilhelmshavener politischen Nachrichtenabteilung unter Leitung eines Marineoffiziers bekannt und weiß sie, aus welchen Mitteln sie unterhalten wird? Vermag die Reichsregierung weiter festzustellen, wie die genannte Abteilung ihre Tätigkeit betreibt und ob sie etwa auch mit staatsgefährlichen Organisationen wie z. B. der Orgesch oder der in Magdeburg durch den preußischen Oberpräsidenten aufgehobenen Spitzelzentrale in enger Verbindung steht?

Ich begnüge mich mit einer schriftlichen Antwort.

Wie der „Vorwärts" zu der Angelegenheit noch erfährt, bespitzelte die Nachrichtenstelle bei der Nordseestation der Marine alle sozialistischen Parteien. Die Mittel zur Unterhaltung dieser Abteilung fließen aus der Reichskasse. Der in der Anfrage genannte Oberleutnant Lange bekam zur Bezahlung seiner „Kundschafter" persönlich Beträge ausgehändigt, über die er verfügte und dem Stationschef vertraulich Rechnung legte. Die Spitzel hatten nicht direkt mit der Marinestation zu tun, sondern verkehrten nur mit Oberleutnant Lange persönlich, brachten ihre Berichte auch nicht etwa in dessen amtliches Bureau, sondern trafen sich außerhalb mit ihm. Das gewonnene Material wurde von Oberleutnant Lange entsprechend verarbeitet und an sicherer Stelle im Stationsgebäude aufbewahrt. —

Ein moderner Landrat.

Der Zentralverband der Angestellten schreibt dem „Vorwärts":

In Büren i. W. thront noch ein Landrat aus der guten alten Zeit. Als der Kapp-Putsch kam, wurde die Vereidigung der Beamten sofort verschoben, jedenfalls in der Annahme, daß es „nicht mehr nötig" sei, die Beamten auf die neue Verfassung zu vereidigen. Wie es sonst mit der Geistesverfassung des Landrats Winkelmann in Büren i. W. bestellt ist, ersieht man am besten aus der nachstehenden Verfügung, die tatsächlich am 20. Juli 1920 von ihm herausgegeben worden ist:

1. Die Bureaugehilfen A., G., Ph. und S. werden hiermit in eine Ordnungsstrafe von je 6 Mark genommen, weil sie am Montag den 19. d. M. vormittags trotz der ergangenen ausdrücklichen anderweiten Anordnung eigenmächtig vom Dienste ferngeblieben sind.

2. Die Bureaugehilfen F., A. und B. werden hiermit in eine Ordnungsstrafe von je 3 Mk. genommen, weil sie am Dienstag den 20. d. M. vor- bzw. nachmittags verspätet zum Dienste gekommen sind.

3. Vorzulegen den zu 1 und 2 Genannten zur Kenntnis.

4. Herrn Kreissekretär Ahlf und Herrn Störmann zur weiteren Veranlassung zwecks Einhaltung bei der nächsten Gehaltszahlung.

5. W. v. 23. 7. 20.

Der Landrat. gez.: Winkelmann.

Hoffen wir, daß die eingereichten Beschwerden Erfolg haben und der alte Geist dort etwas ausgelüftet wird. Es wird die höchste Zeit. —

Die Tagesordnung des Parteitags.

Der Parteiausschuß beschäftigte sich am Dienstag mit der Tagesordnung des Parteitags. Wels teilte mit, daß für die Tagung der größte Saal der Stadt Kassel, die „Stadthalle", gemietet sei, und forderte alle Organisationen zu starker Beschickung dieses ersten Friedensparteitags der Partei zur vollen Ausnutzung ihres Delegationsrechts auf. Die Tagesordnung des Parteitags wurde einstimmig entsprechend den Vorschlägen des Parteivorstandes folgendermaßen in Aussicht genommen:

1. Bericht des Parteivorstandes:
   a) Allgemeine politische Lage. Referent Wels.
   b) Organisation und Kasse. Referent Bartels.
2. Bericht der Reichstagsfraktion. (Der Berichterstatter ist noch nicht bestimmt.)
3. Bericht der Kontrollkommission. Referent Brühne.
4. Bericht vom Internationalen Sozialistenkongreß in Genf. Referent Meerfeld (Köln).
5. Die Wohnungsfrage. Referenten voraussichtlich Paul Hirsch und Engler (Freiburg).
6. Die Revision des Parteiprogramms. Referent Dr. Adolf Braun.

Zur Revision des Parteiprogramms erscheint in den nächsten Tagen die angekündigte Sammlung von Gutachten im Vorwärts-Verlag, über die Dr. Braun zusammenfassend referieren wird. Voraussichtlich wird dann der Parteitag eine Programmkommission einsetzen und dem nächstjährigen Parteitag die endgültige Beschlußfassung über das neue Parteiprogramm überlassen. Zugleich sollen die Vorarbeiten für das neue Agrarprogramm in Angriff genommen werden; es soll im September eine Sachverständigenkommission zusammentreten, welche über das Ergebnis ihrer Arbeiten dem Parteitag berichten wird. Vom Ausgang ihrer Beratungen wird es abhängen, wie die Arbeit am Agrarprogramm fortgeführt werden soll. Dem Parteitag wird schließlich, wie schon früher üblich, eine Frauenkonferenz vorhergehen, die sich einerseits mit der allgemeinen Frage der sozialdemokratischen Organisation der Frauen, anderseits mit der Betätigung der sozialdemokratisch organisierten Frauen in der Wohlfahrtspflege beschäftigen wird.

Bei dem Finanz- und Kassenbericht werden auch Aenderungen des Parteistatuts zur Sprache kommen. So wird insbesondere dem Parteitag ein Antrag auf wesentliche Erhöhung des Mindestbeitrags unterbreitet werden.

In der ausgedehnten Aussprache über die Verhandlungen des Parteitags wurden noch eine große Reihe andrer Gegenstände genannt, mit denen er sich beschäftigen müsse; so insbesondere die produktive Erwerbslosenfürsorge, die Aufhebung der Zwangswirtschaft und die Revision des Gemeindeprogramms. Man sah davon ab, hierfür besondere Tagesordnungspunkte einzusetzen, da die Zeit des Parteitags ohnedies stark belastet erscheint. Es soll im Rahmen der andern Beratungsgegenstände ausreichende Möglichkeit geschaffen werden, auch auf diese Fragen einzugehen. Ueber die Beamtenfragen referierte Genosse Ritter. Sämtliche Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

Der Parteiausschuß wird voraussichtlich unmittelbar vor dem Parteitag in Kassel selbst noch einmal zusammentreten. —

Tätigkeit von U.-S.-P.-Räten.

Im vergangenen Winter hat die Berliner Organisation der U. S. P. sich ein neues Organisationsstatut gegeben und ihm — tobten doch damals die Räteschlachten — besondere Rätekommissionen für die einzelnen Distrikte eingegliedert. Im allgemeinen ist man wohl der Meinung, daß Räte, wie ja schon das Wort sagt, mit ihrem Rat und ihrer Erfahrung befruchtend auf die Dinge einwirken sollen, für die sie als „Rat" gewählt wurden. Wenn das auch im gewöhnlichen Leben gilt, so doch noch nicht bei Revolutionären reinsten Gepräges. Nach der Darstellung, die der Unabhängige Max Siwers in einem Artikel in Nr. 33 des „Arbeiterrat" über die Tätigkeit oder, richtiger gesagt, Untätigkeit dieser U.-S.-P.-Räte gibt, sind sie ein wunderbares Beiwerk der Organisation der U. S. P. Siwers beurteilt diese Räte so:

> Der Kommission lag nun die Pflicht ob, die Aufgaben der kommenden Betriebsräte zu beleuchten über das, was wir von ihnen verlangen, Aufklärung und Anregung in die Parteikreise hineinzutragen. Dieser Aufgabe ist fast keine der örtlichen Kommissionen gerecht geworden. Das lag daran, daß sie sich größtenteils aus Genossen zusammensetzten, die nicht befähigt waren, Aufklärung zu geben, sondern selbst solche erwarteten, die enttäuscht und entmutigt wurden, wenn ihnen nicht gleich alles fertig und mundgerecht vorgesetzt wurde, weil sie nicht begriffen, daß eigne Gedankenarbeit erst den wirklichen Inhalt ihrer Tätigkeit schaffen konnte. Wir leiden nun einmal an dem Zustande, daß das Gros der Arbeiterschaft zuwenig eignes Denken aufbringt, und hierin will ja gerade der Gedanke, der im Reorganisationsplan steckt, Wandel schaffen. Er will die Aktivität erhöhen, den Kreis der Mitarbeitenden und Mitbestimmenden unbegrenzt vergrößern. Mitbestimmen kann aber nur der, der das alte Uebel von sich stößt, das Denken — andern zu überlassen.
>
> Bei so viel geistiger Spannkraft ist es kein Wunder, wenn die kritisierten Räte von vielen Unabhängigen selbst als ein höchst überflüssiges Anhängsel ihrer Organisation angesehen werden.

Die Gothaer Schulschande.

Unter dieser Ueberschrift bringt die Erfurter unabhängige „Tribüne" einen längern Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

1. Die Gothaer U.-S.-P.-Regierung hatte das Schulwesen der Aufsicht der notorisch unfähigen Juristen entzogen und unter der Leitung von Fachleuten selbständig gemacht. Sie hatte ein Landesamt geschaffen, das sofort daranging, Einheitsschule, Arbeitsschule, neue Lehrerbildung, Arbeiterhochschule ins Leben zu rufen. Sie hatte die alten Schulämter der Oberaufsicht der Landräte entzogen, um vier vermehrt und unter die Leitung von Fachleuten — teilweise anerkannten Bahnbrechern, wie Rößger und Block — gestellt.

Und Liebetrau? Ein Federstrich: und das Landesbildungsamt ist aufgelöst! Ein Federstrich — nein, nicht einmal das, ein Wort: und die Bezirksschulämter sind verschwunden. Juristen sollen wieder die Schule regieren, da sie für die Reaktion am brauchbarsten sind.

2. Die U.-S.-P.-Regierung hatte versucht, das Verbrechen der alten kapitalistischen Schule gegen das Bildungsbedürfnis des Proletariats wieder gutzumachen, und eine Arbeiterhochschule errichtet. Und Liebetrau? Dieser Gänsefüßchen-Demokrat will keine gebildeten Arbeiter: ein Federstrich, die Arbeiterhochschule ist vernichtet.

3. Die U.-S.-P.-Regierung hatte eine „Aufbauschule" vorbereitet für arme und schwache Proletarierkinder und hatte vor, diese zu einer modernen Lehrerbildungsanstalt auszubauen. Da kommt Liebetrau: Feder, Tinte her! Aufbauschule ist aus!

4. Die Freiheit der Gesinnung, durch die Reichsverfassung gewährleistet, von der U.-S.-P.-Regierung selbst unter schwierigen Verhältnissen respektiert — was gilt sie für Liebetrau? Freiheit: ein rotes Tuch, Verfassung: ein Fetzen Papier. Die sozialistischen Lehrer müssen vernichtet werden oder mindestens kaltgestellt. Er fordert seine Landräte auf, über die bösen „Spartakistenlehrer" zu berichten. Er läßt seine Landräte die Lehrer bespitzeln, begutachten, disziplinieren: er selbst versetzt sechs Sundhäuser Lehrer, weil sie ein andres politisches Gesicht haben als er — hier sind unsre Genossen!

So arbeiten Liebetrau und Konsorten und klären das Volk auf, was es von ihnen Gutes zu erwarten hat. Einheitsschule — Arbeitsschule — Freiheit der Schule — Fortschritt: sie sind dem Federhalter des Gänsefüßchen-Demokraten zum Opfer gefallen. „Wir werden jedem Fortschritt in der Schule den freien Raum gewähren" — verkündete Herr Liebetrau laut und öffentlich: er wollte damit sagen: auf die Straße werfen. Aber in Gotha regt es sich. Das Proletariat läßt sich die Peitsche der Reaktion nicht mehr gefallen. Es wird den Dunkelmännern zum Tanz aufspielen, daß ihnen der Atem ausgehen wird.

Ihr aber, Proletarier Deutschlands, schaut nach Gotha und lernt: erst mit der Niederkämpfung der Reaktion, erst mit der Erringung der politischen Macht gibt es für euch Erziehung, Bildung, Freiheit und Kultur!

Da die „Tribüne" anscheinend vergessen hat, daß Liebetrau (demokratischer Volksbeauftragter von Gotha) nur durch die Abstinenzpolitik der U. S. P. in sein Amt gekommen ist, holen wir es nach, um den Arbeitern zu zeigen, daß die alleinseligmachende Partei die U. S. ist, wenn es gilt, Arbeiterinteressen zu — verraten. —

Leiden eines Untersuchungsgefangenen.

Eine erschütternde Darstellung geht uns von der Frau eines Untersuchungsgefangenen zu:

> „Mein Mann ist noch Tag und Nacht in Ketten an Händen und Füßen, nur 10 Zentimeter auseinander, er hat sie seit 11. Juli an. Er wird auch nicht wie andre Gefangene behandelt. Die ersten Tage, nachdem er die Flucht versucht hatte, hat er 10 oder 12 Tage nichts weiter bekommen, als trocknes Brot und Wasser, mit Ausnahme morgens und abends jedesmal ¼ Liter Wassersuppe. Dann bekommt er immer hartes Lager; das Bett wurde ihm entzogen. Alle 2 bis 3 Tage werden ihm die Ketten gelöst, damit er sich mal waschen kann und alle paar Wochen wird er mal rasiert. Wie er mir dieses alles sagte, stand der Inspektor dabei. Mein Mann wurde mir in Ketten vorgeführt. Er sagte, er könne es nicht länger ertragen. Ich konnte kaum sprechen, so zerdrückte sich mein Herz zusammen. Da sagte der Inspektor gleich: Laut sprechen, sonst wird es abgebrochen."

Es handelt sich um den Arbeiter Hermann Franke aus Tangermünde, der sich als Untersuchungsgefangener im Untersuchungsgefängnis zu Salzwedel befindet. Franke soll unschuldig sein. Er wird verdächtigt, an dem Sangerhäuser Putsch teilgenommen zu haben.

Wir erwarten, daß eine schleunige Untersuchung im Gefängnis zu Salzwedel vorgenommen wird und daß die Oeffentlichkeit erfährt, ob tatsächlich die in dem Briefe geschilderten unglaublichen Zustände in einem Untersuchungsgefängnis bestehen. Die Arbeiterschaft hat ein lebhaftes Interesse daran, zu wissen, ob aus ihren Reihen Leute schon in Untersuchungshaft unmenschlich behandelt werden, wenn sie nur im Verdacht stehen, an einem Putsche beteiligt zu sein, während die Hochverräter von rechts, deren Teilnahme am Kapp-Putsch einwandfrei feststeht, frei und unbehelligt weiter herrlich und in Freuden leben dürfen. —

Internationaler Metallarbeiterkongreß.

Die Sonntagsitzung leitet Reichel (Deutschland). Nach der Entlastungserteilung an den internationalen Sekretär wird zur Behandlung des wichtigsten Punktes der Tagesordnung: Die nationalen Beziehungen, geschritten. Hierzu haben die Belgier, unterstützt von den Franzosen, beantragt, das Internationale Sekretariat in ein neutrales Land zu verlegen und einen festbesoldeten Sekretär mit einem vom Kongreß selbst gewählten Vollzugsausschuß anzustellen. Der Antrag wird mit dem Hinweis begründet, daß dem heutigen in Stuttgart befindlichen Sekretariat die nötige moralische Autorität fehle, die „Eiserne Internationale" zu beleben.

Schlicke wünscht eine Verbesserung der internationalen Organisation, warnt aber davor, das Sekretariat zu einem politischen Aktionsausschuß zu machen. Es habe eine Stelle zur Förderung der wirtschaftlichen Ziele in Anlehnung an das Internationale Arbeitsamt zu sein, dürfe sich aber nicht in die innern Verhältnisse der einzelnen Länder einmischen.

Kummer (Deutschland) sagt, diese erste Gelegenheit nach dem Kriege müsse unbedingt benutzt werden, die „Eiserne Internationale" so zu gestalten, daß sich die entsetzliche Erfahrung von 1914 nicht wiederhole. Wenn wir auch diese Stunde wieder verpassen sollten, dann verdienten wir, auch weiterhin das Werkzeug kapitalistischen Willens zu sein. Der Kongreß darf nicht geschlossen werden, ohne eine wirksame internationale Organisation vorbereitet zu haben. Denn die weltpolitische Lage ist so, daß sich die Metallarbeiter jeden Tag vor die Entscheidung von Lebensfragen gestellt sehen können.

Zur Belebung des internationalen Gedankens beantragen die Engländer, das Sekretariat solle von Zeit zu Zeit Artikel an die Fachpresse versenden.

Die Belgier beantragen, einen festbesoldeten Sekretär anzustellen.

Der Sekretär Schlicke beantragt sofortige Vertagung des Kongresses, um den nationalen Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu der veränderten Lage Stellung zu nehmen. Es müsse erst eine grundsätzliche Einigung über die Verlegung des Sekretariats erzielt werden, ohne welche eine weitere Erörterung der Sache nicht zweckdienlich sei.

Nach einer etwas bewegten Geschäftsordnungsdebatte wird die Vertagung gegen eine starke Minderheit beschlossen. —

Klub der Meuterer.

Zu den vielen „Harmlosigkeiten", an denen es im Zeitalter der Orgesch nicht mangelt, zählen wir folgendes Inserat in der Zeitschrift „Mittschiffs":

> Vereinigung ehem. Sturmsoldaten der 2. Marinebrigade (Ehrhardt). Alle ehem. Sturmsoldaten, die während des Bestehens der 2. Marinebrigade aktiv oder zeitweise bei den Sturmkompanien Dienst getan haben, und die gewillt sind, den alten knarschen (!) Sturmsoldatengeist weiter hochzuhalten, werden aufgefordert, der Vereinigung ehemaliger Sturmsoldaten beizutreten. Näheres ist dann auf direktem Wege zu erfahren. Es wird gebeten, die Adresse umgehend an Leutnant zur See Brandt, Stabszug, Schiffsstammdivision der Nordsee, Münsterlager, einzusenden.
>
> gez. von Killinger, Kapitänleutnant u. Vorsitzender.

Also ein Klub der Meuterer in aller Form, zur Fortzüchtung des Meuterergeistes. Was meint der Staatskommissar für die öffentliche Sicherheit dazu? —

Von Altmann abgerückt.

Richard Gerbig, Stephansbrücke 18, früher Gesellschafter von Altmann, schreibt uns unter anderm:

Ich, Untergezeichneter, gründete mein Detektivbureau im Jahre 1918. Im April 1919 nahm ich Herrn Paul Altmann wegen seiner juristischen Kenntnisse zu mir. Es wurden natürlich nur reelle Geschäfte erledigt. Ende Mai v. J. kam Altmann, legte mir eine Richtlinie der Bolschewisten vor und sagte: „Wir können ein schönes Stück Geld verdienen, wenn wir die Ueberwachung der deutschen Kommunisten übernehmen." Als ich um nähere Aufklärung bat, sagte er weiter: „Die russischen Bolschewisten wollen von der Tätigkeit der deutschen Kommunisten und Spartakisten genau unterrichtet sein, damit sie sich später mit den Deutschen kominigen können. Wir würden mit russischem Gelde dafür gut bezahlt."

Ich gestehe offen, daß ich von der Politik nicht viel verstehe und glaubte, mit dieser Tätigkeit den Arbeitern nicht schädlich sein zu können, und gab meine Einwilligung. Später verlangte ich von Altmann, bei den Auftraggebern dieser Angelegenheit vorgestellt zu werden, was er aber energisch verweigerte. Bisher hatte ich noch immer so leise Bedenken gegen diesen Auftrag. Durch die Verweigerung der Vorstellung wuchs bei mir das Mißtrauen ins Unendliche, nahm mir vor, dieser Sache auf den Grund zu gehen. Nach einigen Tagen stellte ich auch fest, daß der Auftrag nicht von den russischen Bolschewisten, sondern vom Deutschen Stahlhelm kam.

Am 15. Juni v. J. geriet ich nun auf Grund meiner Ermittlung mit Altmann in böse Auseinandersetzungen und verweigerte ihm nun den weitern Zutritt zu meinem Bureau. Somit war dadurch unsre ganze geschäftliche Verbindlichkeit zersprengt.

Am nächsten Tage, also am 16. Juni, brachte dann auch schon die „Volkszeitung" einen Artikel mit der Ueberschrift „Lockspitzel an der Arbeit, Augen auf", womit ich allerdings nicht getroffen werden konnte, denn ich hatte mich persönlich glücklicherweise nicht beteiligt.

Ich ging am folgenden Tage zur Geschäftsstelle der „Volkszeitung", bat um Veröffentlichung, daß ich meine Beziehungen zu Altmann auf Grund dieser Angelegenheit in jeder Beziehung abgebrochen habe, was auch einige Tage später in dem Blatte zu lesen war.

Von da an habe ich bis heute mit Altmann kein Wort wieder gewechselt.

Auch sind unter meiner Leitung keine Militärspitzeleien betrieben worden, was jeder meiner Leute bezeugen kann.

Auch hieß die Firma nicht Altmann & Ko., sondern Gerbig & Ko. Die Teilhaberschaft ist auch auf Altmann nicht zurückzuführen. Leiter des Bureaus war ich und nicht Altmann. Wer mich kennt, wird auch wissen, daß ich einem Arbeiter nicht in den Rücken falle.

Da meine Frau während meiner Abwesenheit unter dem Unverstand verschiedener Leute zu leiden hatte, auch ich schon belästigt wurde, möchte ich Sie doch höflichst bitten, etwas zur Abhilfe dieser Belästigungen beizutragen, wo ich mich mit Spitzeleien grundsätzlich nicht befasse.

Wir geben hiermit der Zuschrift Raum, weil sie ein Beitrag ist zu der Art, mit der die Altmann und Konsorten arbeiten. Uebrigens sei daran erinnert, daß der Stahlhelm durch seinen Generalsekretär Fromme mittels W. T. B. bestreiten ließ, daß er mit der „Nachrichtenstelle" jemals etwas zu tun gehabt habe, vielleicht dementiert er auch, daß er in der russischen Bolschewistenverkleidung mit Altmann gearbeitet hat. —

Notizen.

Zusammenbruch der Berliner Fleischversorgung. Der andauernde schwere Mangel an Frischfleisch, der geradezu einer Katastrophe zutreibt, hat den Berliner Magistrat veranlaßt, sich mit einer dringenden Vorstellung an den Reichsernährungsminister und den Reichskanzler zu wenden, in der es heißt: „Da auch der diesmalige Viehmarkt fast gänzlich unbeschickt ist, muß die Frischfleischbelieferung in dieser Woche ausfallen. Entgegen dem Beschluß der Reichstagskommission, dessen Voraussetzungen bisher nicht entfernt erfüllt sind, wird tatsächlich die Fleischbewirtschaftung durch Obstruktion aufgehoben. Wir müssen dringlichst zur Erwägung stellen, ob geduldet werden darf, daß der Beschluß derart durchkreuzt wird. Wenn die Viehhandelsverbände jetzt mit der Lieferung zurückhalten, so geben sie deutlich zu erkennen, daß sie bei Freigabe des Handels auf stark erhöhte Preise rechnen. Es drohen uns also Fleischmangel und wesentlich erhöhte Preise auf fast allen Nahrungsmittelgebieten, mithin statt des allseitig erstrebten Abbaues der Preise eine weitere große Teurung." —

Der politische Lakai. Für die Denkweise und politische Intoleranz der Deutschnationalen ist folgendes Inserat charakteristisch, das wir in Nr. 399 der „Kreuzztg." finden: „Suche zum 1. 10. zuverl., ledigen Diener. Deutschnationale Gesinnung. Zeugnisabschr. und Gehaltsanspr. u. Bild u. Größe einsenden. Von Kiedebusch, Rittergut Alt-Gaul bei Wriezen." — Kiedebusch hätte noch besser getan, statt eines Dieners mit deutschnationaler Gesinnung einen Deutschnationalen mit Lakaiengesinnung zu suchen. Da wäre das Angebot riesengroß. —

Depeschen.

Immunität gibt's nicht.

Wb. Oppeln, 25. August. Das Interalliierte Gericht verurteilte gestern in Abwesenheit den Reichstagsabgeordneten und verantwortlichen Schriftleiter des sozialdemokratischen Parteiorgans für Oberschlesien, „Volkswille", Karl Olonski, zu 2000 Mark Geldstrafe wegen Aufreizung und Verleitung von Beamten zum Ungehorsam und erließ einen Befehl zur zwangsweisen Vorführung. Olonski hat bereits vor einiger Zeit der Interalliierten Kommission unter Berufung auf seine Immunität als Mitglied des Reichstags mitgeteilt, daß er der Ladung des Gerichts nicht Folge leisten werde. Das Interalliierte Gericht vertrat dagegen den Standpunkt, daß die Mandate der oberschlesischen Volksvertreter als erloschen anzusehen seien und die Berufung Olonskis damit hinfällig sei. —

Autonomie für Oberschlesien.

* Beuthen, 25. August. Wie der „Vossischen Zeitung" gemeldet wird, erwartet man, daß von der deutschen Regierung in den nächsten Tagen Einladungen zu einer Konferenz über die Gewährung der Autonomie für Oberschlesien erfolgen werden. —

Das Skelett im englischen Hause.

W. T. B. London, 25. August. Eine Menge von 3000 Männern und Frauen versuchte gestern gegen das Brixtongefängnis, wo der Bürgermeister von Cork gefangen sitzt, vorzudringen. Die Menge, aus deren Mitte Rufe wie: Hoch die Rebellen! Es lebe Sinn Fein! ertönten, wurde von der Polizei zurückgetrieben. Die Kundgebungen dauerten noch einige Stunden an. Das Befinden des Bürgermeisters, der sich jetzt seit 13 Tagen im Hungerstreik befindet, war gestern abend sehr bedenklich. —

In der Renn- u. Sportwoche

ganz besonders billige Preise für Qualitäts-Ware:

Farbige Waschstoffe in Punkt- und Streifenmustern Meter Mk. 19.00 16.00 **12.00**

Voiles 115 cm breit, getupft, hell und dunkel . . . . . Meter Mk. **18.00**

einfarbig bestickt . . . Meter Mk. **19.00**

Zephir hellfarbig kariert Meter Mk. **25.00**

Flanell gestreift, für Sporthemden und Blusen . . . . . Meter Mk. **16.00**

Satinflanell gemustert, für Morgenjacken . . . . Meter Mk. 15.00 **11.00**

Gardinennessel waschecht, in 4 Farben . . . . . Meter Mk. **15.80**

Rollostoff blau **19.00**

Handtuchdrell grau, gestreift, Halbleinen . . . . . Meter Mk. **12.00**

Servietten Reinleinen, 60×60 . . Stück Mk. **13.50**

Kastendaunendecke prima Inlett — eigne Anfertigung Stück Mk. **675.00**

Weiße Wäschestoffe in besond. vorteilhaft. Qual. u. versch. Stärken Meter Mk. 20.00 18.00 15.00 **12.50**

Farbige Bettbezüge mit 2 Kissen, aus prima Satin Augusta, fertig genäht . . Mk. **148.00**

Fertige Deckbettbezüge in Leinen und Baumwolle Mk. 198.00 **192.00**

Moderne Jacken- und Blusenkragen — Morgenhäubchen
— sehr preiswert —

Taschentücher

für Damen

Batist, mit Hohlsaum . . . . . Mk. **2.60**
Batist, mit Durchbruch . . . . . Mk. **2.75**
Batist, mit gestickter Ecke . . . Mk. **3.45**

Leinenbatisttücher m. Hohlsaum u. Handstickerei, 3 St. i. Kart. **19.50**

für Herren

weiß, gesäumt, 46 cm . . . . . Mk. **4.75**
farbig, gesäumt, 45 cm . . . . Mk. **4.50**

Reinleinene und halbleinene **Taschentücher für Herren und Damen** in jeder Preislage

Damen-Taghemden

Achselschluß, viereckig, mit solidem Besatz, eigne Anfertigung . . . . . Stück Mk. **43.50**

Achselschluß, viereckig oder spitzen Ausschnitt, mit breiter Schweizer Stickerei . . . . . Stück Mk. **44.00**

Frauen-Bundhemd aus gutem Hemdentuch mit Langette . . . . . Mk. **49.75**

Achselschluß, mit reicher Stickerei im Rumpf, extra prima Wäschestoff . . . . . Mk. 71.00 **61.00**

Garnituren drei- und zweiteilig
aus Makotuch, Batist und Opalstoff mit übereinstimmender Garnierung. Mit Stickerei und Hohlsaum-Garnierung
Taghemd **63.00** Nachthemd **104.00** Beinkleid **55.00**
Prima Opalstoff, mit feinster Stickerei und Einsatz
Taghemd **89.00** Beinkleid **89.00**

Herren-Wäsche

Farbige Oberhemden, aus prima Perkal, mit Umfallmanschetten . . . . Stück Mk. **98.00**

Herren-Taghemd mit Falten aus prima Reinleinen . . . . . Mk. **85.00**

Weiche Ripskragen . . . . . Mk. **6.75**

Eckenkragen, Marineform . . . . . Mk. **9.00**

Ausnahme-Angebot!
Unterhosen (Reichsware) . . . . Mk. **23.00**

Binder in modernen Farben Mk. 31.00 23.50 19.00 14.75 **12.50**

Damen-Nachthemden

aus fein Madapolam

mit eingearbeitetem Hohlsaum . . . . . Mk. **85.00**
mit Stickerei und Einsätzen . . . . . Mk. 125.00 **109.00**
Schlupfform, im Rumpf gestickt . . . . . Mk. **135.00**

Damen-Beinkleider

Kniebeinkleid mit Langetten . . . . . Mk. **42.00**
Kniebeinkleid mit Langetten und Stickerei im Volant . . . Mk. **54.00**
Rockbeinkleid mit Saumabschluß . . . . . Mk. **39.00**

Stickerei-Röcke . . Stück 72.00 **53.00**

Sorgfältigste Reinigung von Bettfedern und Daunen in eigner moderner Betriebsanlage

Magdeburg — **Peter Georg Palis** — **Kaiserstr. 97**

Sonder-Angebot

1953 in

Herrenstoffen

Stoff zu einem ganzen Anzug

Serie 1	Serie 2	Serie 3
145.00 Mk.	240.00 Mk.	270.00 Mk.

Außerdem empfehle mein reichhaltig sortiert. Lager in Ia. reinwollenen

Anzug-, Hosen-, Paletot- und Kostüm-Stoffen.

Carl Bünger, Burg

Gegründet 1889 Tuchhandlung Gegründet 1889
Breiteweg 8. Breiteweg 8.

Fermersleben. Fermersleben.

Geschäfts-Uebernahme.

Der sehr geehrten Einwohnerschaft von Fermersleben und Umgegend teile ich hierdurch mit, daß ich das

Manufaktur-, Putz- u. Modewarengeschäft

von Herrn **Hermann Gericke** hierselbst käuflich übernommen habe und unter meinem Namen weiterführe.

Langjährige Erfahrungen sowie gute Beziehungen zu leistungsfähigen Häusern ermöglichen es mir, das mich beehrende Publikum vorteilhaft zu bedienen und bitte ich bei Bedarf um gütigen Zuspruch.

Alt-Fermersleben 26, im August 1920.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Richard Behne.

3782

A158 **Lohnender** [Z

Nebenverdienst

für Herren und Damen bis 500 Mk. monatlich, leicht, zu Hause, ohne Vorkenntnisse, dauernde Einnahme, Existenz. Anfragen an **Hans Sipfel, Nürnberg 2, Postfach 47.**

Mücken-Plage

Schutzmittel gegen Mücken und Stechfliegen

Hof-Apotheke

1379 Breiteweg 158.

Umzüge 1310

Fahrten aller Art — Gepäckbeförderung, ein- u. zweispännig, übernehm. sofort **Blaue Radler, Schönecketstr. 8, Telephon 5250 und 2476.**

Uhren

werden sauber und preiswert repariert. 1776

Otto Müller, Uhrmacher, Alte Neustadt, Weinberg 48.

Zu Ferdinand Lassalles Todestag am 28. August

empfehlen wir:

Arbeiter-Programm	M. 2,40
Meine Assissen-Rede	„ 3,60
Die Wissenschaft u. die Arbeiter	„ 2,40
Offenes Antwortschreiben	„ 3,—
Die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen	„ 3,60
An die Arbeiter Berlins	„ 1,20
Ueber Verfassungswesen	„ 3,60
Der Lassalle'sche Kriminalprozeß	„ 3,—
Der Hochverratsprozeß wider Ferdinand Lassalle	„ 2,40
Die Agitation des Allg. Deutschen Arbeiter-Vereins und das Versprechen des Königs v. Preußen	„ 1,20
Der tote Schulze gegen den lebenden Lassalle	„ 2,40
Herr Bastiat Schulze v. Delitzsch	„ 12,—
Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag .	„ 1,80
Herr Julian Schmidt, der Literarhistoriker	„ 3,60
Franz v. Sickingen (Histor. Drama)	„ 7,20

Zwei vorzügliche Biographien über Ferdinand Lassalle

Ed. Bernstein: Ferdinand Lassalle u. s. Bedeutung f. d. Arbeiterklasse M. 5,40
G. Brandes: Ferdinand Lassalle. Eine kritische Darstellung seines Lebens und seiner Werke . . . . . M. 7,20

Lassalles Jugendbildnis

Farbenlichtdruck nach einem Pastellgemälde . . . . . M. 5,—

Buchhandlung Volksstimme

Große Münzstraße 8.

Pelzkragen Mützen und Hüte werd. modern u. neu angefertigt. Ankauf von Fellen sowie Gerben u. Färben. Lina Badelt Olvenstedter Straße 26. 2. Annahme: Breiewegstr. 4. 1767

Nähmaschinen Singer- u. andre Rundschiff., à 300, 400 und 450 Mk., z. vk. Wiebeck, Blumenthalstr. 5, v. IV.

Räumungsverkauf i. Fahrradecken u. -schläuch. 28×1½ in- und ausländische. Rogge, Schenkendorfstraße 17, 1. 1986

Dachlatten einzeln und im ganzen [3750 Rösch, Edelstraße 43.

Uhren repariert gut u. billig [3310 O. Lehmann, Beaumontst. 11.

Kinderbett zu kaufen gesucht. 3788 Wahnschaff, Pestalozzistr. 42, 1.

Quecksilber kauft Thermometerfabrik Reutermann Leibe. Annahmestelle Magdeburg, Weißgerberstraße 9, im Laden. 3739

Kakao

in bekannter vorzügl. Qual., tiefdunkel und sehr ergiebig
Pfund Mk. 17.00
bei 10 Pfund . Mk. 16.50
bei 100 Pfund . Mk. 16.00

Bohnenkaffee

gut und rein schmeckend, gebrannt, Pfund Mk. 30.00

Curt Rabe

Magdeb., Moltkestr. 12e
— Eingang Fürstenufer. —

912

Nur 2 Tage! Nur 2 Tage!

Herrenstoffe äußerst billig

Stoff zu einem ganzen Anzug:

Gruppe 1	Gruppe 2	Gruppe 3
168 Mk.	274 Mk.	296 Mk.

Außerdem sehr preiswerte **gestreifte Hosenstoffe** und 130 cm breite **Damen-Stoffe**
in marine, schwarz und Covercoatfarben.

Der **Verkauf** findet statt:
am Freitag den 27. und Sonnabend den 28. August von 8 bis 6½ Uhr

In Magdeburg-Neustadt im Gasthof Goldener Anker, Lübecker Straße 14

L. Sternfeld aus Berlin. 3750

Jetzt wieder geöffnet!

Sorgers Gelegenheitskauf

3 Jakobstraße 3 3 Jakobstraße 3
1775 Große Auswahl in
Herren-, Burschen-, Knaben- und Kinder-Anzügen sowie **Hosen u. Arbeiter-Konfektion**
zu besonders günstigen Preisen.
3 Jakobstraße 3 **Sorgers Gelegenheitskauf** 3 Jakobstraße 3

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 200. Magdeburg, Freitag den 27. August 1920. 31. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 26. August 1920.

Die Tätigkeit der Gewerbegerichtsbeisitzer.

In wenigen Wochen ist die Neuwahl der Beisitzer zum Gewerbegericht vorzunehmen, deshalb sei über ihre Tätigkeit folgendes berichtet: Als 1912 gewählt wurde, war sich keiner dessen bewußt, daß die Beisitzer noch im Jahre 1920 amtieren würden, da bisher alle 3 Jahre eine Neuwahl stattfand. Der Krieg bedingte immer wieder die Hinausschiebung der Neuwahlen. In dieser langen Zeit ist die Zahl der Beisitzer zusammengeschmolzen; von 50 Arbeitnehmern waren 40 auf der Liste der freien Gewerkschaften gewählt, außerdem 7 Gelbe, 2 Hirsch-Dunckersche und 1 Christlicher. 10 Beisitzer sind aus der Liste der freien Gewerkschaften ausgeschieden, 9 durch Berufswechsel, 1 Beisitzer ist im Kriege gefallen. Durch Heeresdienst fehlten 21 Genossen, die andern 19 verpflichteten sich, diese zu vertreten. Wenn man annahm, daß in der Zeit des Burgfriedens die gewerblichen Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich verringern würden, so hatte man sich getäuscht. Nur die politische Umwälzung beschränkte die Zahl der Streitigkeiten.

Der unglücklich verlaufene Krieg hat die wirtschaftlichen Verhältnisse vollständig zerrüttet, eine große Arbeitslosigkeit ist zu verzeichnen, diese nützt ein Teil der Unternehmer aus, der werktätiger Bevölkerung ihre zustehenden Rechte zu schmälern. Das Gewerbegericht ist die berufene Instanz, zu entscheiden über alle gewerblichen Streitigkeiten, und da wir nun vor einer Neuwahl stehen, sollen es sich die Gewerkschaften angelegen sein lassen, dafür zu sorgen, daß Genossen gewählt werden, die sich auch fähig zeigen, dieses Amt zu bekleiden. Die Beisitzer selbst haben sich eine Organisation geschaffen. Allmonatlich findet eine Zusammenkunft statt, in der durch belehrende Vorträge seitens der Sekretäre und durch Austausch der Meinungen über bestehende Rechtsfragen die Kenntnisse erweitert werden, um diese bei den Entscheidungen zu verwerten. Die Zusammenkünfte werden gut besucht. Die Genossen erklären jedesmal: „Dieses waren meine schönsten Stunden in der Arbeiterbewegung, fern von jeder persönlichen Polemik und dem Parteigezänk, nur die eine Aufgabe, durch gegenseitige Belehrung und Aufklärung sich der Allgemeinheit dienstbar zu machen." Leider muß gesagt werden, daß einzelne Beisitzer diese Sitzungen derartig geschwänzt haben, daß wir empfehlen, diese nicht wieder in Vorschlag zu bringen. Auf Wunsch werden die Namen mitgeteilt.

Das Gewerbegericht als soziales Institut wird von seiten des Magistrats nicht derartig bewertet, wie es notwendig wäre. Die Vorsitzenden wechseln so oft, daß die einzelnen Beisitzer diese nicht einmal kennenlernen. Von einer Rechtsprechung nach festen Grundsätzen kann daher keine Rede sein. Auch versucht man die Spruchsitzungen ohne oder mit Verringerung der Beisitzer abzuhalten. Dies trägt nicht dazu bei, das Ansehen des Gewerbegerichts zu heben. Verhandlungen wegen Beseitigung dieses Uebels haben stattgefunden, Abändrung ist zugesagt.

Laut Verordnung des von der verfassunggebenden Nationalversammlung gewählten Ausschusses muß die Neuwahl der Beisitzer bis zum 31. Dezember erfolgt sein. Die Verordnung bringt verschiedene Abänderungen, vermeidet aber, die Entscheidung über streitige Fragen dem kommenden Arbeitsgerichtsgesetz vorwegzunehmen. Sie setzt das Wahlalter auf 20 Jahre fest, die Wählbarkeit bleibt aber bei 30 Jahren bestehen. Auch das weibliche Geschlecht darf wählen, aber das passive Wahlrecht ist ihnen vorenthalten, das heißt, sie können nicht als Beisitzer gewählt werden. Das bedarf der Abänderung. Bisher waren die Urteile der Gewerbegericht bis 100 Mark endgültig, die Verordnung trägt der Entwertung des Geldes Rechnung und hat die Summe auf 1000 Mark erhöht. Auch konnten nur diejenigen das Gewerbegericht in Anspruch nehmen, die einen Verdienst bis 2000 Mark hatten. Diese Grenze ist auf 15 000 Mark festgesetzt.

Bringt der Entwurf noch nicht alles, was wir wünschen, so haben wir doch alle Veranlassung, unsern Einfluß geltend zu machen, daß bei der Beratung des neuen Arbeitsgerichtsgesetzes unsre Forderungen erfüllt werden. Die Wahl selbst wird voraussichtlich Anfang November stattfinden. Besondere Bekanntmachungen werden noch erfolgen. Jeder Wähler und jede Wählerin hat nun die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß die Liste der freien Gewerkschaft den Sieg davonträgt und viele Mandate erobert werden. Fort mit allen Kleinigkeitskrämereien, großzügig muß die Sache gemacht werden, dann ist der Sieg unser. Auch an die Arbeitgeber, die mit den freien Gewerkschaften sympathisieren, ergeht der Ruf, sich zu vereinigen, damit sie durch eine eigne Liste eine zahlenmäßige Vertretung finden. —

Der Obmann. Albert Noack.

Die Oberschlesier für ihre Heimat.

Die vereinigten Verbände heimaltreuer Oberschlesier haben in einer Versammlung am Sonntag folgende Entschließung angenommen:

„Die unaufhörlichen Provokationen der Polen, die einseitigen Verwaltungsmaßnahmen der französischen Besatzungsbehörden sind die Veranlassung zu den Demonstrationen der deutschen Bevölkerung gewesen, die gegen die Unterdrückung der den Oberschlesiern durch den Friedensvertrag zugesicherten Rechte protestieren wollen. Polnische Hinterlist und französische Rachgier haben diese Demonstrationen zum Vorwand genommen, die deutsche Bevölkerung zu reizen, bis es zum Aufruhr, zum Blutvergießen kam. Polnische Horden, verstärkt durch Hallertruppen, besetzen deutschen Boden und bedrohen ihn mitten im Frieden. Wir legen mit aller Entschiedenheit gegen diese offensichtliche Verletzung des Friedensvertrags Protest ein und verwahren uns gegen die Verleumdung des Generals Le Rond, der die deutsche Regierung beschuldigt, den Aufruhr angezettelt und unterstützt zu haben.

Wir wenden uns an alle Kulturnationen, die noch Sinn und Verständnis für Wahrheit und Recht haben. Wir rufen den Völkerbund an und verlangen im Namen der Gerechtigkeit, daß den polnischen Gewaltakten und den französischen Begünstigungsmanövern Einhalt geboten wird. Wir stellen uns geschlossen hinter die Regierung und setzen der ruchlosen Gewaltpolitik den entschlossenen Willen und das Recht auch eines besetzten Volkes auf Gerechtigkeit entgegen. Wir lassen die oberschlesische Heimat nicht im Stiche!" —

Revision der Schülerbibliotheken.

In Berlin hat die Deputation für die äußern Angelegenheiten der höhern Schulen eine Revision der Schülerbibliotheken vorgenommen. Bei Durchsicht der Kataloge wurden in den Bibliotheken zahlreiche nationalistische, militaristische, byzantinistische Werke gefunden, aber kein Buch über Völkerrecht, kein Buch über internationale Schiedsgerichte. Man fand zahlreiche Bücher, in denen die monarchische Staatsform verherrlicht wird, aber keins, in dem der republikanischen Staatsform dasselbe Lob gespendet wird. Als Beispiel dafür, in welchem Geiste viele dieser Bücher abgefaßt worden sind, sei das von dem Kaiser-Wilhelm-Dank 1913 herausgegebene Buch „Wilhelm 2." angeführt, das sich in verschiedenen Schülerbibliotheken befindet. Darin werden dem letzten Träger der deutschen Kaiserkrone fast sämtliche Tugenden beigelegt, die ein Monarch und ein Mensch haben kann. Eine solche einseitige Beeinflussung der Jugend durch die Schülerbibliotheken ist eine Gefahr und bedeutet eine Erziehung zur Gegenrevolution. Es muß unbedingt gefordert werden, daß der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung eingreift und eine Revision der Schülerbibliotheken aller Schulen Preußens in Angriff nimmt. —

— **Von der Zitadelle.** Wie wir vor einigen Tagen mitteilen konnten, hatte der Reichswehrminister verfügt, daß die Zitadelle, weil für militärische Zwecke nicht mehr verwendbar, in das Eigentum der Stadt Magdeburg übergehen sollte. Im Magistrat neigte man der Ansicht zu, daß die Zitadelle, als Verkehrshindernis, abgebrochen werden müßte, einmal, um Arbeit für die Erwerbslosen zu schaffen und zum andern, um wichtiges Gelände auf der Ostseite der Stadt zu erhalten. Mit Rücksicht auf die außerordentliche Wohnungsnot mußte auch die Frage erörtert werden, ob die innerhalb der Zitadelle befindlichen Räumlichkeiten nicht zu Notwohnungen verwertet werden könnten. Um all diese Fragen besser prüfen zu können, fand am Mittwoch nachmittag für die Mitglieder des Magistrats und unter Führung des Geheimen Baurats Peters eine eingehende Besichtigung des alten Bollwerks statt. Wie nicht anders zu erwarten, macht das Innere der Zitadelle einen verwahrlosten Eindruck. Ueberall sieht man die Spuren des verlornen Krieges. Mengen von altem Kriegsgerät, leerstehende Gebäude und Baracken, nur die nach Süden zu gelegenen bombensichern Kasematten mit einer kleinen Abteilung der Reichswehr belegt. Geradezu wüst sieht es in dem ehemaligen Hause des Majors vom Platze aus. Eingeschlagene Granaten oder Fliegerbomben können keine größere Verwüstung anrichten, als es hier in verhältnismäßig kurzer Zeit eine Abteilung eines inzwischen selig entschlafenen Truppenteils fertiggebracht hat. In dem ganzen solid gebauten Hause keine ganze Scheibe in den Fenstern. Die Türen mitsamt den Bekleidungen, der Fußboden, die Tapeten, selbst die Staken aus den Stubendecken, alles verschwunden, angeblich als Feurungsmaterial verwertet. Dieses, inmitten eines schönen Gärtchens befindliche Haus soll mit nicht zu großen Kosten wieder für eine Anzahl Notwohnungen hergerichtet werden. Ein großer Proviantschuppen und mehrere andre Baulichkeiten wurden ebenfalls als zu Wohnzwecken geeignet erachtet. Das Ergebnis der Besichtigung war, daß mit möglichster Beschleunigung an die Herrichtung dieser Wohnungen gegangen werden soll, sobald die offizielle Uebergabe der Zitadelle an die Stadt erfolgt ist. Mit Rücksicht auf eine Anzahl noch schwebender zurzeit nicht lösbarer Fragen wurde von einem Abbruch noch Abstand genommen. Vielleicht läßt sich auch das dort befindliche frühere Stubengefängnis für Festungsgefangene zu Wohnzwecken herrichten. Da leider in letzter Zeit auch das Reichsjustizministerium Ansprüche an die Zitadelle erhoben hat, muß die weitere Entwicklung in dieser für die Stadt wichtigen Angelegenheit abgewartet werden. —

— **Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer.** Am Sonnabend den 28. August, nachmittags 4 Uhr, findet Heydeckstraße 6 ein Vortrag über die Weltlichkeit des Schulwesens statt.

— **Pflege der Kriegergrabstätten.** Unter dem Namen „Volksbund, deutsche Kriegergräberfürsorge" E. V. in Charlottenburg 5, Königsweg 30, hat sich eine Organisation gebildet, die im Zusammenwirken mit den Behörden und andern Verbänden sich die Herrichtung, den Schmuck und die Pflege der Kriegergrabstätten im Reichsgebiet und der deutschen Kriegergrabstätten im Ausland angelegen sein lassen will. Der „Volksbund", der auch den Angehörigen der Gefallenen und Verstorbenen in allen Angelegenheiten der Kriegergräberfürsorge behilflich zu sein bestrebt ist und die zwischenstaatliche Fürsorge für die Kriegergräber auf der Grundlage der Gegenseitigkeit betreiben will, beabsichtigt, die Organisation in Verbänden und Ortsgruppen über das ganze Reich zu verbreiten, möchte aber den einzelnen Verbänden den innern Ausbau überlassen. Um Zersplitterungen zu vermeiden, ist es erwünscht, daß neue Sondergründungen nicht ins Leben gerufen werden, vielmehr etwa bereits vorhandene Verbände mit ähnlichen Zielen sich dem „Volksbund" anschließen. —

— **Unzulässige Drucksachen.** In der Bevölkerung herrscht vielfach die Ansicht, daß Durchschläge mit der Schreibmaschine zur Versendung gegen die ermäßigte Gebühr für Drucksachen zur Postbeförderung zugelassen seien. Diese Auffassung ist irrig. Nach der Postordnung sind als Drucksachen nur solche Abdrucke oder Abzüge zulässig, die durch Buchdruck, Kupferstich, Stahlstich, Holzschnitt, Lithographie, Metallographie, Photographie, Hektographie, Papyrographie, Chromographie oder ein ähnliches mechanisches Verfahren hergestellt sind. Schreibmaschinendurchschläge sind keine Vervielfältigungen im Sinne dieser seit Jahren bestehenden Bestimmung. Dagegen werden Abdrucke, die durch besondere Vervielfältigungsmaschinen mit Schreibmaschinentypen hergestellt sind, als Drucksachen nicht beanstandet. Dabei ist indes Voraussetzung, daß die Abdrucke als mechanische Vervielfältigungen deutlich erkennbar sind. Ferner ist vielfach die Meinung verbreitet, daß Briefsendungen, auf denen außer Namen, Stand, Wohnort und Wohnung des Absenders noch fünf Worte handschriftlich angegeben sind, in jedem Falle als Drucksachen versendet werden können. Auch dies trifft nicht zu. Nur gedruckte Besuchskarten, Weihnachts- und Neujahrskarten, auf denen mit höchstens fünf Worten oder mit den üblichen Anfangsbuchstaben gute Wünsche, Glückwünsche, Danksagungen, Beileidsbezeigungen oder andre Höflichkeitsformeln ausgedrückt sind, werden gegen die Drucksachengebühr befördert. —

— **Der Verein der Flüchtlinge aus Posen, West- und Ostpreußen** veranstaltet am 28. August im „Wilhelmspark", Editharing, ein Wohltätigkeitsfest. Der Reingewinn soll hilfsbedürftigen Flüchtlingen zugute kommen. —

Lore Lindens Liebe.

Roman von Lydia Ruehland. Nachdruck verboten

(18. Fortsetzung.)

Lore fühlte, wie ihre Zuversicht unter seinen Worten allmählich wuchs. Gewiß — er hatte recht. Er kannte wohl das Leben. Und auch jene dort mußten einsehen, aus welchen Gründen sie so gehandelt hatte. — Jetzt wagte sie zum erstenmal das Haupt zu heben, ihr Blick wurde klarer. Wohl war sie sich auch jetzt noch ihres Vergehens in vollem Umfang bewußt, aber, nachdem sie gehört hatte, daß es noch Menschen gab, die menschlich über ihre Schuld dachten und bemüht waren, Entschuldigungs- oder doch Milderungsgründe geltend zu machen, wurde sie ruhiger. Der furchtbare Alp, den die Rede des Staatsanwalts auf sie gewälzt, begann zu weichen.

Der Präsident fragte sie, ob sie noch etwas zu ihrer Verteidigung anzuführen habe. Sie verneinte. Der Verteidiger hatte ja bereits alles so prägnant gesagt — besser hätte sie es nicht vermocht.

Nun erteilte er den Geschwornen die Rechtsbelehrung, sie sah auf und suchte die Mienen derer zu ergründen, die ihre Schuld abwägen würden. Von dem Ergebnis hing der Spruch der Richter ab.

Jetzt standen sie auf und zogen sich in das Beratungszimmer zurück. Rudolf drängte als erster hinein. Bei den Ausführungen des Verteidigers war ihm abwechselnd heiß und kalt geworden, es kostete ihn übermenschliche Anstrengungen, der Verhandlung bis zu Ende beizuwohnen. Aber wenn ihn seine Schwäche übermannte, wurde man auf ihn aufmerksam, das mußte er verhüten. Auf den Gedanken, daß er mit dem vorliegenden Fall in irgendeiner Verbindung stehen könnte, wäre doch niemand gekommen.

Aber sie — bis jetzt hatte sie kaum aufgesehen. Nur zuletzt wanderten ihre Blicke von einem zum andern — bis zu ihm waren sie noch nicht geglitten — — er würde es so einrichten, daß er beim Hineingehen in den Saal hinter einen Vordermann kam. Dann tröstete er sich bei dem Gedanken, daß das Licht für ihn günstig fiel.

Den Beratungen vermochte er nicht zu folgen, mechanisch hatte er eben eine Frage des Obmanns verneint, ohne den Sinn derselben erfaßt zu haben. Er hörte aus dem Hin und Her der übrigen Geschwornen nur so viel heraus, daß man keine Veranlassung habe, der Person mildernde Umstände zuzubilligen, sie verfüge als angehende Lehrerin über das genügende Maß von Einsicht und Bildung, daß von mangelndem Rechtsbewußtsein keine Rede sein könne.

Der Ansicht waren sie alle mit Ausnahme Hennigs, des Schmiedemeisters, dieser dachte und fühlte als Vater. Und er stimmte für mildernde Umstände. Rudolf schloß sich ihm an. Jener wunderte sich darüber — er war gerade von dieser Seite an Opposition gewöhnt.

Reden und Gegenreden, überzeugte und weniger überzeugte Ansichten wechselten in bunter Folge miteinander ab. Die Partei, welche nicht die volle Strenge des § 218 angewandt wissen wollte, gewann die Oberhand — Rudolf verlangte Freispruch!

Geringschätzig sahen ihn die andern an. Was der nun wieder dachte? Offenbar hatte nur sein Körper der Verhandlung beigewohnt, den Geist hatte er unterdes spazieren geschickt. Sonst hätte er unmöglich für Freisprechung plädieren können.

„Aber meine Herren, der Verteidiger führte doch aus —"

„Was geht uns das an! Der brennt den schwärzesten Galgenvogel weiß!"

Die Geschwornen betraten den Saal. Ihr Obmann verlas den Spruch, der auf „Schuldig" lautete. Der Präsident sprach das Urteil: Drei Jahre Zuchthaus!

Bei der Schlußfrage des Präsidenten an Lore, ob sie ihre Strafe annehme, schrie diese heiser vor Erregung: „Mein Gott — so lange — warum so lange?!"

Man war in diesen Räumen an Szenen gewöhnt und achtete ihrer nicht, das Handwerk stumpft die Richter ab.

Geführt von dem Gerichtsdiener, wankte Lore hinaus, wie ein zu Tode getroffenes Wild, dann schloß sich die Tür hinter ihr.

Es war nur die eine Sitzung anberaumt für den Vormittag und so verließ Rudolf mit den übrigen den Saal. —

Drei Jahre Zuchthaus — gellte es ihm in den Ohren, wo er ging und stand. Es half nichts, daß er sich zu Hause ein Glas Wein nach dem andern hintergoß, um die Gedanken loszuwerden oder doch wenigstens zu betäuben.

Diesmal hatte ihn die Sitzung wirklich angegriffen, aber er fuhr nicht zu seiner Mutter, um sich von ihr bedauern zu lassen.

Er schloß sich in sein Zimmer ein, grübelte lange und tief, rauchte, daß die Asche umherlag, als habe ein Rauchkollegium hier Sitzung abgehalten. Dabei war ihm allmählich leichter geworden. Er kannte sich und seine Natur genau, hatte sie liebevoll und gewissenhaft studiert. Mit den Wolken und Wölkchen zerstoben meist auch seine Kümmernisse. Und nun war auch sein Plan gefaßt.

Er entwarf seine Reiseroute — Merkel mußte die Koffer packen, sämtliche Sachen, lautete der Befehl.

Im allgemeinen wunderte sich der Diener nie über seinen Herrn, das hatte er längst verlernt — aber diesmal kam ihm der Befehl doch etwas sonderbar vor: Sämtliche Sachen!

Sah das nicht aus wie Flucht? Da steckte sicher etwas dahinter. „Eine Weibergeschichte," murmelte er vor sich hin.

Rudolf schrieb unterdes mehrere Briefe. Von seiner Mutter nahm er zärtlich Abschied, sie auf ein Wiedersehen vertröstend. An Kurt schrieb er ebenfalls liebenswürdig und erteilte ihm in bezug auf Wallhausen Vollmacht, da ihn eine Reise nötige, die Bewirtschaftung seiner Liegenschaften auf längere Zeit aufzugeben. Er flocht eine Bemerkung in das Schreiben, aus welcher Kurt alles mögliche entnehmen konnte, nur keine Klarheit. Im übrigen solle auf dem Gute alles bleiben, wie es war.

Dann kündigte er die Stadtwohnung und legte mit gewissenhafter Pedanterie alle die großen und kleinen Beträge zurecht, welche nötig waren, die Rechnungen zu begleichen. Inzwischen rückte die Zeit heran, sich für die Reise fertig zu machen, neun Uhr achtzehn Minuten ging der Schnellzug, morgen nachmittag war er in Vlissingen. Dort gedachte er ein paar Tage zu rasten — das Weitere fand sich dann schon. „Gesellschaft finde ich immer" — sagte er sich — „Je internationaler, desto amüsanter."

Behaglich machte er es sich im Abteil erster Klasse zurecht, Merkel mußte die Lampe verhüllen und ihn dann sorglich betten, so gut dies ging. Gegen Schlafwagen hatte er eine Aversion, lieber spendete er einen goldenen Händedruck und blieb im Abteil allein.

Die Beschäftigung der letzten Stunden hatten es mit sich gebracht, daß er müde und abgespannt in die weiche Daunenrolle sank, die ihm Merkel unter den Kopf schob. Es kostete ihn förmlich Anstrengung, die Veranlassung zu diesem Reiseentschluß aus dem Wirrwarr seiner Gedanken herauszuschälen.

In Ramsdorf erregte die plötzliche unmotivierte Abreise Rudolfs berechtigtes Aufsehen und Erstaunen. Es war kein Zweifel, dahinter steckte etwas, aber soviel Kurt umherspürte, konnte er nichts in Erfahrung bringen. Seine Mutter mußmaßte eine Duellgeschichte und war insgeheim froh, daß er sich durch die Flucht allen Widerwärtigkeiten entzogen hatte. Gleichwohl beschloß sie, sofort nach seiner Rückkehr dafür zu sorgen, daß er sich ein Weib nahm.

(Fortsetzung folgt.)

— **Hörsing soll Griechisch lernen — Faßhauer Deutsch.** Karl Faßhauer, weiland „Redaktör" der „Sachsenschau", übt sich allwöchentlich einmal zum Gaudium der Magdeburger Spießbürger in der politischen Arena. Nur mit den höchsten Größen der Menschheit pflegt er sich gleichzustellen. Seine Parteilosigkeit rechtfertigt er mit den Erfolgen eines Baensch und Reimarus. Seitenhiebe auf die jetzige Stadtverwaltung müssen das Mahl würzen. Faßhauer rühmt sich als parteilos, findet aber keinen Ausweg. Predigt Einigkeit, gibt aber niemand Fingerzeige. Hörsing habe keine Ahnung von Demokratie, das könne man auch nicht verlangen. Hörsing soll erst mal Griechisch lernen, damit er weiß, was Demos bedeutet. Faßhauers Ideal ist, die Arbeiter alle zu Kapitalisten zu machen. Das ist der Stein der Weisen. Die Kommunisten sollen die „Volksstimme" verklagen wegen Beleidigung, weil sie „im Dienste der Rechtsputschisten arbeiten". Zum Siegen gehöre wenig Geist, könne man in sozialistischen Blättern lesen, die um Ludendorff waren, können das wissen. Herr Faßhauer weiß selbst, daß die Kommunisten „hohe" Idealisten sind, die z. T. aus den „gelben" Gewerkschaften gekommen sind. Aber er will „klarer" werden, er will nicht mehr so viel mißverstanden sein, er findet so wenig Anhang für seine Turnerei am hohen politischen Reck, daß er sich selbst darüber wundert, daß er noch nicht mutlos geworden ist. Merkt denn Faßhauer nicht, wie ungeheuer lächerlich es wirkt, wenn er als ständiger Diskussionsredner in Volksversammlungen mit dem Ruf Ah! begrüßt wird und regelmäßig den geistvollen Satz ausspricht: Ein Freund von mir sagte mir eben: Das heißt nicht Ah!, sondern i—ah! Nach Faßhauers Ansichten regiert die Sozialdemokratische Partei in Deutschland seit Bethmanns Zeiten. Fehlt nur noch die Behauptung, daß die Sozialdemokraten den Krieg erklärt haben. Es gibt nichts Schlechtes in Deutschland, wofür die Sozialdemokraten nicht verantwortlich sind. Und das nennt sich objektiv und parteilos. Daß die jetzige rein bürgerliche Regierung — sozialistisch ist, ist für Faßhauer klar. Andre Leute halten bürgerlich und sozialistisch noch ein wenig auseinander. Vor allem solche, die zwar kein Griechisch, dafür aber Deutsch können. Wundern soll uns, wie lange sich Leute finden werden, die an den komischen Verrenkungen eines Faßhauer noch Gefallen finden werden. Er hat doch nur einen Kohl in seinem Kochtopf, und den setzt er ständig seinen Gästen vor. So ein ungewürztes Gericht ißt man sich doch einmal über. —

— **Ein Protest der untern Kommunalbeamten** geht uns zu. Er lautet: „Die am 18. August überaus zahlreich versammelten Kommunalbeamten und ständig Angestellten des Magistrats der Stadt Magdeburg erheben einmütigen, schärfsten Protest gegen die Eingruppierung der untern Gehaltsklassen 2 bis 4. Diese sind durch die ungenügende Besoldung in eine Notlage geraten, aus der sie nur die schnellste Hilfe retten kann. Durch den ihnen in Abzug gebrachten Vorschuß von 900 Mark ist es ihnen unmöglich gemacht, ihre allernotwendigsten Lebensbedürfnisse bis zum 1. Oktober zu befriedigen. Bei den uniformierten Beamten kommt noch hinzu, daß ihnen für Kleider, die noch nicht einmal geliefert sind, 300 bis 560 Mark abgezogen wurden. Viele Beamte sind dadurch in eine verzweifelte Lage geraten, sind ihnen doch teilweise 85 bis 400 Mark für 2 Monate ausgezahlt. Ein ständig Angestellter hat überhaupt kein Gehalt bekommen und soll bis 1. Januar noch Rückzahlungen leisten. Das sind doch Zustände, die man nicht mit Unrecht als empörend bezeichnen kann. Wir verlangen deshalb sofortige Rückzahlung des in Abzug gebrachten Vorschusses unter einer angemessenen Erhöhung als Entschuldungssumme, wie es auch beim Staate vorgesehen ist. Wir verlangen ferner, daß bei der Revision der Besoldungsordnung und bei Besprechung der einzelnen Kategorien je ein Beamter der betreffenden Kategorien hinzugezogen wird, um Ungerechtigkeiten bei der Eingruppierung zu vermeiden und eine gerechte Würdigung des Dienstes der einzelnen Kategorien geschehen zu lassen. Wir hoffen, daß der Magistrat unsre Notlage erkennt und schleunigst Abhilfe schafft, bevor eine Katastrophe eintritt. —

— **Der Zentral-Elternbeirat (S. P. D.)** hat in seiner Sitzung vom 25. August beschlossen, die Gesamt-Elternbeiräte Magdeburgs und die Lehrerschaft zu einer Protest-Versammlung aufzurufen gegen das nächsten Monat im Preußischen Landtag zur Beratung gelangende Volksschul-Unterhaltungsgesetz, nach dem die Klassen-Frequenz auf die hohe Zahl von 60 Schülern festgesetzt wird. Es wird damit ein krasser Unterschied zwischen Volksschule und höheren Schulen auch für die Zukunft gesetzlich festgelegt. Besonderes Befremden erregten bei den Elternbeirats-Mitgliedern die hohen Kosten, die der Stadt aus der Ausgabe des Essens bei der Quäker-Schulspeisung entstanden sind. Die Schul-Hausmeister erhielten neben zwei Portionen Essen 3 Mark für den Tag, so daß eine Monats-Ausgabe von 5000 Mark entstand. Schon um Kosten zu sparen, hätte man seinerzeit, bei Einrichtung der Speisung, nicht über den Kopf der Lehrer und der Elternbeiräte hinweg vom grünen Tisch aus verfügen dürfen. Die Speisung der Kinder, die während der Schulzeit stattfindet, fällt in die Arbeitszeit der Hausmeister, die für diese Tätigkeit doch ihr Gehalt beziehen. Im Interesse der notleidenden Kinder wäre etwas mehr Idealismus der Betreffenden wohl am Platze. Verspätet sucht man jetzt eine andre Regelung der Essenausgabe zu erzielen, indem man die Lehrer um Beteiligung ersucht. Daß Lehrer Ziesenitz, der kräftig und gesund genug war, lange Zeit eine anstrengende Tätigkeit als Vermittler von Spitzelberichten im Nebenberuf auszuüben, plötzlich krank sein sollte, sodaß er sechs Wochen beurlaubt werden muß (nach den Vierwochenferien), ist erstaunlich. Die Plötzlichkeit überrascht, da Herr Ziesenitz bis zum vierten Tage nach der ihm unangenehmen Enthüllung seines einträglichen Nebenberufs noch gesund war und gar nicht an Krankmeldung dachte. Aufklärung seitens der Schulverwaltung ist da nötig. Beschwerden wegen mangelhafter Schulreinigung. Staubplage in einigen Schulen und auf Schulhöfen sollen der Schulverwaltung weitergegeben werden. — In einigen Volksschulen ist den Kindern ein Fragebogen über Tuberkulose mitgegeben worden, in dem den Eltern zum Schlusse die Frage vorgelegt wird, ob sie eine unschädliche Hautimpfung an dem Kinde vornehmen lassen wollen. Den Eltern soll geraten werden, bis weitere Aufklärung durch die Schuldeputation und an die Elternbeiräte erfolgt, die Impfung zu verweigern! Selbst Mitglieder der Schuldeputation waren über diese Impfung nicht unterrichtet. — Um Ausstellung von Ausweisen für die Elternbeiratsmitglieder soll ersucht werden. Die beschlossene Protest-Versammlung der Elternbeiräte aller Richtungen tagt Montag den 30. August, abends 7½ Uhr, in der Aula der Augustaschule. —

— **Ueberführung von Kriegerleichen.** Die deutsche Regierung würdigt durchaus die Gefühle der Pietät, die zahlreiche Angehörige von Kriegsgefallenen den Wunsch hegen lassen, ihre Toten in heimischer Erde bestattet zu sehen. Mit Rücksicht auf die noch immer bestehenden außerordentlichen Beförderungsschwierigkeiten, den Mangel an Material für die Zinksärge, die infolge des niedrigen Standes unsers Geldes unverhältnismäßig hohen Kosten und den damit verbundenen starken Geldabfluß in das Ausland sowie aus sozialen Gründen und wegen der bisher ablehnenden Haltung der früher feindlichen Regierungen ist sie jedoch bis auf weiteres leider nicht in der Lage, solchen Anträgen stattzugeben. Auch Ausnahmen können nicht zugelassen werden. Das gleiche gilt von der Ueberführung von Kriegerleichen aus Deutschland in das Ausland. Eine Aenderung dieser Entscheidung wird sofort öffentlich bekanntgegeben werden. —

— **Freigabe von Baustoffen.** Das Wohnungsamt stellt uns folgende Bekanntmachung zu: Auf Grund des Erlasses des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt vom 2. August 1920 — R. 3141 — kommt mit sofortiger Wirkung das bisherige Freigabeverfahren für alle Arten von Baustoffen in vollem Umfang bis auf weiteres in Wegfall. Anträge auf Baustoffzuweisung sind demnach nicht mehr erforderlich. Die durch die Bekanntmachung vom 15. Januar 1918 ausgesprochene allgemeine Beschlagnahme von künstlichen Mauersteinen wird hierdurch dem Rechte nach und grundsätzlich nicht berührt, um die Sicherstellung der Baustoffe für den Kleinwohnungsbau erforderlichenfalls zu gewährleisten. —

— **Zur Abwehr.** Unter der Ueberschrift „Gegen die Verführung der Jugend durch sozialdemokratische Jugendvereinigungen im Hause der „Volksstimme"" brachte die „Magdeburger Tageszeitung" (natürlich!) kürzlich ein „Eingesandt", aus dem folgende Sätze wiedergegeben seien:

> Im Alter von 14 bis zum 18. Lebensjahre kommen hier die Jünger „Marx'" zusammen, um ihre Stimme zu erproben. Dagegen wäre ja an und für sich nichts einzuwenden. Wenn aber anläßlich dieser Gesangsstunden die Arbeitermarseillaise einexerziert wird neben andern revolutionären Liedern und diese dann gruppenweise durch die anliegenden Straßen mit einem Höllenlärm bis selbst in die spätesten Abendstunden hineingetragen werden, und dies nun schon wochenlang fast Tag für Tag, so ist es jetzt die höchste Zeit, daß einmal ganz energisch dagegen eingeschritten wird. Wir sehen doch wohl schon zur Genüge, daß durch die revolutionäre „Aufklärung" der Jugend durch gewisse Parteien nichts Gutes herauskommt. Ich nehme an, daß die Polizeigewalt in Magdeburg unparteiisch ist und gegen diesen Unfug unverzüglich einschreitet. Oder soll man zur Selbsthilfe greifen?

Nachdem man sich lange genug an der ältern Arbeiterschaft gerieben hat, kommt auch die Arbeiterjugend daran. Wenn die Arbeiter-Marseillaise eingeübt worden wäre, wäre auch nichts dagegen zu sagen, in Wahrheit handelt es sich um den Mädchenchor des hiesigen Arbeiterjugendbundes, der unter Leitung Magdeburger Schullehrkräfte die alten deutschen Volkslieder übt, die bei öffentlichen Veranstaltungen den ungeteilten Beifall aller Bevölkerungsgruppen finden. Zudem hat der Chor mit Beginn des Sommers seine Uebungsabende eingestellt. Es finden in unsern Arbeiterjugendvereinen noch zahlreiche andre Veranstaltungen statt, die der Bildung und Unterhaltung dienen. Wenn bei deren Schluß dann 50 bis 60 junge Leute die Räume verlassen, wird es natürlich immer etwas lebhafter zugehen als am Sonntag bei Kirchenschluß. Das wird aber sicher der Fall auch bei jeder andern Jugendorganisation sein, auch bei jenen, die der „Tageszeitung" nahestehen und die sich öfter unliebsam bemerkbar machten, ohne daß wir sofort zur Polizei gelaufen wären. Auf die angedrohte „Selbsthilfe" wollen wir lieber nicht eingehen, wir haben glücklicherweise eine gut funktionierende Ordnungspolizei.

Bezirksjugendsekretariat Magdeburg, Gr. Münzstraße 3, II.

— **Neuer Tarif im Putzgewerbe.** Der neue Tarif, der vom 1. Juni an Gültigkeit hat, ist nun endlich nach nochmaliger Verhandlung abgeschlossen. Wir ersuchen die Kolleginnen, überall den Tariflohn und die Nachzahlung, soweit es noch nicht geschehen ist, zu verlangen. Wo dies nicht geschehen sollte, ersuchen wir die Kolleginnen, sich im Bureau, Stephansbrücke 38, zu melden. Dort sind neue Tarife zu haben. Deutscher Bekleidungsarbeiterverband. —

— **Die Rattenplage!** Kürzlich veröffentlichte der Magistrat eine Bekanntmachung wegen Bekämpfung der Ratten unter Angabe von Mitteln zur Vertilgung. Unter anderm wurde auf die Notwendigkeit dichter und geschlossener Asche- und Müllbehälter bzw. -gruben hingewiesen. Hier wäre ein Feld für unsre Gesundheitspolizei. Auf manchen Grundstücken werden die Müllgruben und -behälter dauernd offengelassen, damit die Hühner erst darin herumlaufen können und die Fliegen erst sich frei entfalten können. Eine andre Spezies Wirte macht große Löcher, in welche aus den Behältern die Asche und Abfall, Müll usw. geworfen werden. Diese Gruben bleiben so lange liegen, bis sie voll sind, dann kommt eine dünne Schicht Erde darüber. Daß da Ungeziefer auf den Hausgrundstücken entsteht, Ratten herangezogen werden, ist klar. Aber der Zweck ist erreicht. Der Hauswirt braucht keine Asche, keinen Müll abfahren zu lassen. Der Betrag ist gespart, wenn man ein Jahr und länger die Asche und den Müll unterbuddelt. Etwas mehr Fliegen, Ungeziefer und erst Ratten müssen die Anwohner eben in Kauf nehmen. — K.

— **Teure Wohnlauben.** Die Regierung hat kürzlich eine Polizeiverordnung angekündigt, nach der auch Wohnlauben zulässig sein sollen. Auf diese Anregung hin haben sich nun verschiedene Vorortgemeinden von Berlin, um der Wohnungsnot zu steuern, mit der Errichtung solcher Wohnlauben befaßt. Der Lichtenberger Magistrat teilt jetzt den Stadtverordneten mit, daß nach einer Prüfung der Kostenanschläge eine allgemeine Unterstützung des Baues von Wohnlauben kaum möglich sein werde, denn die Errichtung einer Wohnlaube mit Stube und Küche würde 24 000, mit zwei Stuben sogar 34 000 Mark kosten. Uns scheinen diese Preise, selbst für die heutigen Baukosten, reichlich hoch veranschlagt, und es wäre zu wünschen, daß die Kostenfrage einmal öffentlich erörtert würde, wobei natürlich der Begriff „Wohnlaube" nicht allzu luxurös aufgefaßt werden darf. —

— **Platzkonzerte** finden am Sonntag auf dem Nikolaiplatz, Neue Neustadt, in der Goethestraße und in den Parkanlagen am Lemsdorfer Weg, Sudenburg, statt. —

— **Pferdediebe vor Gericht.** Vor der Ferienstrafkammer hatten sich der Schuhmacher Michael Sunke und der Arbeiter Julius Müller wegen Pferdediebstahls, die Handelsleute Wilhelm Ehrecke, Hermann Göllner und der Landwirt Hermann Klabe wegen Begünstigung und Hehlerei zu verantworten. Sunke und Müller haben aus dem Pferdelazarett an der Herrenkrug-Chaussee acht Pferde und 500 Hufeisen gestohlen. Die Tiere wurden von Ehrecke und Göllner nach Heyrothsberge verschoben, während Klabe die Hufeisen in Empfang nahm. Das Gericht verurteilte Sunke zu 2 Jahren 6 Monaten, Müller zu 1 Jahr 6 Monaten, Ehrecke zu 1 Jahr 3 Monaten, Göllner zu 1 Jahr und Klabe zu 6 Monaten Gefängnis. —

× **Gestohlen** wurden: aus den Garderoberäumen eines Theaters Frauenröcke verschiedener Art, ein silberner Kettenring, 1 Paar silberne Ohrringe mit Emailleverzierung in grünem Etui und 1 Paar mit Goldfassung in blauem Etui, eine Jett-Brosche, verschiedene Perücken, eine Gitarre; auf einer Eisenbahnfahrt nach Magdeburg ein schwarzer Damenmantel; ferner aus Verkaufsläden in der Katharinenstraße ein weißgrün kariertes Kleid, eine grünseidene Bluse, ein graugrüner Damen-Wintermantel, weiße Damen-Leibwäsche; in der Halberstädter Straße eine größere Menge neuer Schuhe verschiedener Art; aus einem Schaufenster in der Jakobstraße, nach Zertrümmern der Scheibe, für etwa 1000 Mark Zigarren und Zigaretten; ein Fahrrad „Lucas" mit schwarzen, grün abgesetzten Felgen; endlich aus einer Wohnung in der Gustav-Adolf-Straße eine Waschkiepe mit gebrauchter Wäsche, als weiße Bettbezüge, Bettücher, Männer- und Frauenhemden, Hand- und Taschentücher, eine große rot gestickte Tischdecke, eine weiße Ripsbluse mit gehäkeltem Einsatz. —

× **Taschendieb.** Auf frischer Tat ertappt und festgenommen wurde am Dienstag auf dem Hauptbahnhof der 12jährige Ewald P., angeblich aus Mathesdorf in Oberschlesien. Der Junge gab zu, schon seit längerer Zeit in vielen Orten Deutschlands Taschendiebstähle ausgeführt zu haben, und zwar in Gemeinschaft mit seinem Bruder Paul und einem älteren unbekannten Polen, der der Anführer dieses diebischen Kleeblattes gewesen ist und immer den Löwenanteil der Diebsbeute an sich genommen hat. —

— **Diebische Eisenbahnarbeiter.** Die Eisenbahnarbeiter Lehmann, Klinghart und Mennecke stahlen auf dem Bahnhof große Mengen Wäsche, Wolle, Schokolade und Seife. Teilweise wurde die Beute von dem Arbeiter Kubis gekauft. Dafür erhielten Klinghart 1 Jahr 3 Monate, Mennecke 5, Lehmann 6 und Kubis 1 Monat Gefängnis zudiktiert. —

× **Eine Schwindlerin verhaftet.** Das Dienstmädchen Anna Z. aus Wolmirstedt, das sich vor längerer Zeit des Diebstahls und der Unterschlagung in verschiedenen Fällen schuldig machte, wurde doch noch von der Polizei gefaßt. Das Mädchen hatte sich auf Eisenbahnfahrten mit Frauen und Mädchen bekannt gemacht, schloß sich diesen an und besuchte sie in deren Wohnungen. Dabei spielte sie sich als Gutsmamsell auf, die Dienstpersonal Stellung verschaffen und Lebensmittel besorgen könne. Im geeigneten Augenblick bestahl sie dann ihre neuen Freundinnen oder unterschlug, was sie ihr anvertraut hatten, und verschwand damit. Am Montag hatte sie auf dem Breiten Wege das Pech, von einer Geschädigten getroffen und auf deren Veranlassung festgenommen zu werden. —

— **Festgenommen** wurde der Arbeiter Erich E. aus Stendal, der einem Gutsbesitzer einen größeren Geldbetrag gestohlen hat, als er mit ihm zusammen in einem Hotel übernachtete. —

— **Nicht identisch.** Der Handlungsgehilfe Hans Schulze, Lemsdorf, Blankenburger Straße Nr. 31, bittet uns mitzuteilen, daß er nicht mit dem wegen Fahrraddiebstahls festgenommenen Hans Schulze identisch ist. —

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein.

Bezirk Sudenburg. Am Freitag den 27. August, abends 7½ Uhr, Funktionärsitzung im „Goldenen Löwen". [372]

Arbeiter-Jugendbund Magdeburg.

Das Jugendsekretariat bleibt wegen des Reichsjugendtags in Weimar vom Mittwoch bis einschließlich Montag nächster Woche geschlossen.

Achtung, Weimarfahrer! Alle Teilnehmer am Reichsjugendtag in Weimar treffen sich am Freitag früh Punkt ½3 Uhr vor dem Hauptbahnhof. Keiner darf später kommen.

Bezirksgruppe Wilhelmstadt: Am Donnerstag abend 8 Uhr in der Schule Annastraße Vortragsabend.

Theater, Konzerte ꝛc.

Städtische Theater. Viktoria-Theater: Heute Freitag „Das Extemporale". Sonnabend „Urfaust". Sonntag „Urfaust". —

Provinz und Umgegend.

Parteinachrichten.

Schönebeck. Sozialdemokratischer Volksverein. Am Freitag den 27. August, abends 8 Uhr, Versammlung der weiblichen Mitglieder nebst Gästen in Isensees Gesellschaftshaus, Elbstraße 10. [229]

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Webringen, 26. August. (Eine öffentliche Versammlung) veranstaltete der Sozialdemokratische Verein, um die Bevölkerung über den Ernst der politischen Lage aufzuklären. Genosse Boes (Neuhaldensleben) hielt einen interessanten Vortrag über Die politische Lage und das Spitzeltum. Der Redner schilderte ausführlich, wie durch die Abstinenzpolitik der Unabhängigen die bürgerliche Regierung zum Schaden der Arbeiterschaft zustande gekommen ist. Die Ausführungen über das Spitzeltum boten viel Interessantes. Der Redner warnte die Arbeiter vor den radikal sich gebärdenden Worthelden, die sich mit hochtönenden Redensarten das Vertrauen der Massen zu erschwindeln versuchen, um dann die Geschäfte der Reaktion zu besorgen. Die Arbeiterschaft dürfe sich nicht mehr von dunkeln Elementen aufhetzen lassen, sondern solle nur den Weisungen der alten erprobten Führer folgen. In der Aussprache nahm der Landwirt Lange als Deutschnationaler das Wort. Seine Ausführungen wurden vom Genossen Boes im Schlußwort kurz widerlegt. — In der Gemeindevertreter-Sitzung wurde beschlossen, das Gehalt des Läuters, das bisher 36 Mark betrug, zu verdoppeln. Die Kostenanschläge der beiden Handwerker für ein neues Tor am Spritzenhaus wurden geprüft. Das Los entschied für Heite, dem die Arbeit übertragen wurde. Das Wiegegeld der Gemeindebrückenwage wurde erhöht auf 1 Mark für jedes Wiegen, ob leer oder beladen, für Vieh auf 1,50 Mark.

Wolmirstedt, 26. August. (Stadtverordneten-Sitzung.) An Stelle des verstorbenen Stadtrats Genossen Niemann wurde Genosse Altmann als Ersatzmann eingeführt. Zur Anfertigung von Notgeld konnte sich die Versammlung nicht entschließen. Die Vorlagen über eine wesentliche Erhöhung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer sowie die Heranziehung des reichssteuerfreien Einkommens zur Gemeindesteuer wurden zur nochmaligen Beratung an den Magistrat zurückgewiesen. Die neue Besoldung der städtischen Beamten wurde genehmigt, nachdem über die Stellung des Bürgermeisters lebhaft debattiert war. Auf Antrag des Genossen Fischer wurde der Bürgermeister in die Besoldungsklasse 11 eingereiht mit dem Vorbehalt, daß ihm von den neun angerechneten Dienstjahren drei gestrichen werden. Als Mitglied der Gesundheitskommission wurde Landwirt W. Schmidt und in die Wohnungskommission Maurer W. Keindorf gewählt. Zum Schlusse wurden noch einige Dringlichkeitsanträge erledigt. —

Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 26. August. (Peinliche Namensgleichheit.) Der Bäckermeister Walter Gotzel, Pulverstraße 2a, teilt uns mit, daß er mit dem bei der Entdeckung der Magdeburger Spitzelzentrale genannten Walter Gotzel, Magdeburg, Bahnhofstraße 42, nicht identisch ist. —

Genthin, 26. August. (Ein großer Sedantummel) soll von den Kriegshetzern und Kriegsgewinnlern in diesem Jahre überall in Szene gesetzt werden, um die nationalistischen Leidenschaften wieder aufzupeitschen. Die Deutschnationalen im Kreise Jerichow 2 scheinen sich dabei besonders eifrig hervortun zu wollen. Sie beabsichtigen in Schönhausen eine Bismarck-Gedenkfeier zu veranstalten. Außer dem deutschnationalen Abgeordneten Schiele wird auch der Führer der Konservativen, Graf Westarp, an die herrlichen Zeiten des Stahlbades erinnern. Auch zwei Generale sollen vorgeführt werden, darunter der kappistische Hochverräter von Lettow-Vorbeck. Ein Feldgottesdienst darf natürlich auch nicht fehlen. Wahrscheinlich soll nun der Sieg im neuen Krieg auf „unsre" Waffen vom Himmel herabgefleht werden. Parteipolitisches Gepräge würde die Geschichte nicht tragen, versichert man. Aber sicher reaktionäres, von dem sich die werktätige Bevölkerung in all ihren Schichten hoffentlich ganz fernhalten wird. Denn sie hat an Werke des Friedens und nicht an Kriegstaten zu denken. —

Magdeburgerforth, 26. August. (Entlarvte Schwindler.) Unter dem Vorgeben, billigen Zucker beschaffen zu können, sprachen zwei Schwindler in mehreren Haushaltungen in unserm Ort und im benachbarten Schopsdorf vor. An einigen Stellen gelang es ihnen, von allzu vertrauensseligen Personen Vorschüsse auf die zu liefernde Ware zu erhalten. Ein Kaufmann aber, von dem die Gauner gleich 2000 Mark Anzahlung haben wollten, schöpfte Verdacht, benachrichtigte die Sicherheitspolizei in Altengrabow und wiegte die Schwindler so lange in Sicherheit, bis die Polizei im Auto erschien und die Verhaftung vornehmen konnte. Dolche, ein Seitengewehr und ein Revolver wurden im Besitz der beiden Schwindler vorgefunden. —

Kreis Quedlinburg-Aschersleben-Kalbe.

Schönebeck, 26. August. (Die Frauen) müssen sich mehr um politische Angelegenheiten bekümmern. Um ihnen dazu Gelegenheit zu geben, findet am Freitag den 27. August, abends 8 Uhr, in Isensees Gesellschaftshaus eine Frauenversammlung statt, in der Genossin Hartmann (Magdeburg) über „Die Frau in der Politik" sprechen wird. Pflicht aller Parteigenossinnen ist es, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen und Bekannte als Gäste mitzubringen.

Schönebeck, 26. August. (Ein ungetreuer Wachtmann.) Das Mitglied des Heimschutzes, der Arbeiter Ernst Kühne, war als Wache der Chemischen Fabrik zugeteilt, wo er von zwei Freunden, den Arbeitern Paul und Willi Peter, Besuch erhielt. Dabei kam man auf den Gedanken, aus der Fabrik einen Posten Blei zu stehlen. Auch der Wachtmann beteiligte sich an der Ausführung des Planes. Als die Diebe 2 Zentner Blei auf einem Handwagen abfahren wollten, wurden sie von einem zuverlässigen Wachtmann festgenommen. Wegen schweren

Diebstahls erhielt Paul Peter 1 Jahr Gefängnis, Willi Peter 3 Monate und Ernst Kühne 6 Wochen Gefängnis. —

Staßfurt, 26. August. (Putschnachklänge.) Auf gewisser Seite ist man eifrigst bemüht, dem Raubzug eine falsche Deutung zu geben, nämlich ihm linksradikal politische Motive zu unterschieben. Die Absicht ist durchsichtig. Die Tätigkeit der Orgesch und die zu erwartenden reaktionären Maßnahmen der Gegenrevolution sollen damit gerechtfertigt werden. Solchen Machenschaften gegenüber bestreiten wir mit aller Entschiedenheit den politischen Charakter der Räuberei. Rohte steht ganz augenscheinlich im Solde der Reaktion und hat in ihrem Auftrag den Raubzug unternommen. Die Versammlungen am Sonnabend mit ihrem Drum und Dran waren nur der Mantel, der der Sache umgehängt wurde, um politische Gegenmaßnahmen zu rechtfertigen. Damit soll aber keineswegs gesagt sein, daß verwirrte Teile der linksradikalen Kreise eine gewaltsame Erhebung nicht beabsichtigen. Daß sie diese Absicht haben, geben sie ja ganz offen zu, und erst am Sonntag hat Koenen auf der Bezirkskonferenz der U. S. P. in Magdeburg den Bürgerkrieg für unvermeidlich erklärt. Aber im Augenblick halten die Herrschaften von links die Situation noch nicht für reif dazu. Das ist auch in der „Fürstenhof"-Versammlung am Sonnabend abend frei erklärt worden. Diese Erklärung und der ganze Verlauf des Raubzugs in der Nacht beweisen, daß er keine politische Tat war. Uebrigens sind nun die Arbeiter, die sich am Sonnabend von Rothe aus den Betrieben haben herauslocken lassen, auf das äußerste über ihn empört. Durch die Verhaftungen ist man auch bisher unbekannten Teilnehmern des Raubzugs auf die Spur gekommen, die man wohl auch noch erwischen wird. — Schadenfeuer. In der Löwen-Apotheke ist in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch das Gebäude der Niederlage vollständig niedergebrannt. Dem tatkräftigen Eingreifen der freiwilligen Feuerwehr unter Leitung des Stadtbaurats Seipel ist es gelungen, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. —

Thale, 26. August. (Das Harzer Bergtheater) scheint in finanzielle Schwierigkeiten geraten zu sein. Die Gemeinde hat die Gewährung eines Darlehens von 80 000 Mark zur Sanierung der Freilichtbühne abgelehnt. —

Altmark.

Salzwedel, 26. August. (In die Freiheit.) Am Dienstag wurden aus dem Ukrainerlager 1050 russische Kriegsgefangene abtransportiert. Die Fahrt geht nach Stettin und von dort aus auf dem Dampfer Bagdad in die Heimat. Von den Gefangenen befand sich ein großer Teil schon seit Anfang des Weltkriegs in Gefangenschaft. —

Stendal, 26. August. (Getreideverschiebung.) Auf dem Staatsbahnhof wurden 75 Zentner Getreide und Mehl beschlagnahmt, die als Umzugsgut nach Witzenhausen gehen sollten.

Stendal, 26. August. (Kriegsgefangenen-Denkmal.) Vor einigen Tagen fand eine würdige Einweihungsfeier eines Denkmals für die im Gefangenlager gestorbenen 472 Kriegsgefangenen statt. 35 Ententeoffiziere waren zu der Feierlichkeit erschienen. Ein italienischer Oberstabsarzt hielt eine ergreifende Weiherede. —

Bernburg, 26. August. (Gräßlicher Unglücksfall.) Ein junger Arbeiter hatte seinen im Bleiwerk arbeitenden Vater aufgesucht und paßte auf, wie eine 5 Zentner schwere Bleiwalze emporgehoben wurde. Beim Hochwinden löste sich das Hebezeug und die niederstürzende Walze erschlug den Sohn vor den Augen des Vaters. —

Halle, 26. August. (Der neue Polizeidirektor.) Nachdem der unabhängige Stadtrat Reiwand auf eignen Wunsch vom Amte des stellvertretenden Polizeidirektors zurückgetreten ist, wurde jetzt Genosse Dölitz mit der Verwaltung der Ortspolizei in Halle betraut, der bei der Untersuchung der Spitzelangelegenheit gezeigt hat, daß er durchzugreifen versteht. Da die Erfolge des Stadtrats Dölitz in der „Orgesch"-Geschichte den Reaktionären recht unangenehm auf die Nerven gefallen sind, haben wir die Gewähr dafür, daß unser Genosse der richtige Mann an der richtigen Stelle ist und für sein neues Amt die nötige Tatkraft mitbringt. —

Kleine Chronik.

Unterschlagungen in Harburg. Bei der Reichsbanknebenstelle ist man umfangreichen Unterschlagungen in Höhe von einer halben Million Mark auf die Spur gekommen. Als Täter wurde der 24jährige Hilfsbeamte Karl Lueddge in Warnemünde verhaftet. —

Ein zweiter Mord und Lohnraub im westfälischen Industriebezirk. Zwei Kassenboten der neuen Zeche Konstanze bei Langendreer, die von der Bank die Löhnungssumme geholt hatten, wurden unterwegs von zwei elegant gekleideten jungen Männern niedergeschossen. Einer der Kassenboten war sofort tot, der andre wurde durch einen Unterleibsschuß schwer verletzt. Den Räubern gelang es, unter Wegnahme der sehr hohen Summe zu entkommen. —

Deutsche Touristen in Schweden verunglückt. Von einer Gruppe deutscher Studenten und Gymnasiasten, die dem Wandervogelbund angehört und Schweden durchwandert, verunglückten bei einer Motorbootfahrt in der Nähe von Utö in den Schären acht Teilnehmer dadurch, daß das Boot von einer Welle umgeworfen wurde. Der Leiter der Gruppe, Adolf Meddert aus Leipzig, und Conny Kleimann aus Bremen ertranken, die übrigen wurden durch schwedische Bewohner unter großer Mühe und Aufopferung gerettet. —

Der Zopfabschneider. In Berlin wurde der Zopfabschneider Robert Stoß verhaftet, der schon vor vielen Jahren die Berliner Kriminalpolizei beschäftigt hat. Aus seinem Vorleben ist folgendes bekannt: Im März 1906 wurde Stoß verhaftet, als er einem jungen Mädchen in der Leipziger Straße den Zopf abschneiden wollte. Bei den Gerichtsverhandlungen vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wurde er nach dem Gutachten der Sachverständigen Medizinalrat Dr. Hoffmann, Medizinalrat Dr. Leppmann und Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld freigesprochen, da er als gemütskrank und erblich schwer belastet bezeichnet wurde. Seine Angehörigen brachten ihn damals in die „Maison de Santé", von wo er schon nach kurzer Zeit als geheilt entlassen wurde. Bald darauf beging er in Hamburg das gleiche Delikt und wurde in einem Sanatorium untergebracht. Im Jahre 1910 bestand er sein Ingenieurexamen mit Auszeichnung und ging dann nach Argentinien. Auch hier wurde er wieder das Opfer seines verbrecherischen Triebes. Er stand bald vor den Gerichten in Buenos Aires und bat dort die Richter flehentlich, ihn lebenslänglich einzusperren, da er sich seines krankhaften Triebes bewußt sei, ihm aber nicht widerstehen könne. Da die argentinischen Aerzte in ihrem Gutachten erklärten, daß Stoß trotz seiner hohen Intelligenz krankhaft veranlagt sei, wurde er damals wieder nicht verurteilt, sondern in einem Hospital untergebracht. Seit den letzten 8 Jahren ist über Stoß nichts bekannt. —

Vereins-Kalender.

Wird nur gegen Vorausbezahlung, die Zeile 50 Pfg., aufgenommen.

Deutscher Bekleidungs-Arbeiter-Verband, Filiale Magdeburg. Freitag den 27. August, abends 7 Uhr, Sitzung sämtlicher Betriebsräte, Betriebsobleute und Ersatzmänner im „Bürgerhaus". [2290

Benneckenbeck. Freie Turner. Freitag den 27. August, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. [2287

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

		Elbe.	Fall	Wuchs
Pardubitz	25. 8.	— 0,80	—	—
Brandeis	„	+ 0,07	0,12	—
Melnik	„	+ 0,28	0,08	—
Leitmeritz	„	+ 0,47	0,05	—
Aussig	„	— 0,30	0,15	—
Dresden	26. 8.	— 1,85	0,02	—
Torgau	„	— 0,12	—	0,02
Wittenberg	„	—	—	—
Rohlau	„	+ 0,33	—	0,06
Aken	25. 8.	+ 0,34	0,06	—
Barby	26. 8.	+ 0,34	—	0,02
Magdeburg	„	+ 0,38	—	—
Tangermünde	„	+ 0,76	—	0,03
Wittenberge	„	+ 0,56	—	0,04
Lenzen	25. 8.	— 0,41	—	—
Dömitz	„	— 0,08	—	—
Darchau	24. 8.	— 0,19	0,02	—
Bolzenburg	25. 8.	+ 0,01	0,02	—
Hohnstorf	26. 8.	+ 0,00	—	—

		Mulde.	Fall	Wuchs
Döben	26. 8.	—	—	—
Saale.				
Grochlitz	26. 8.	+ 0,52	0,02	—
Trotha	„	+ 1,28	—	0,04
Bernburg Ütp.	„	+ 0,36	—	0,03
Kalbe Oberpegel	„	+ 1,31	0,01	—
Kalbe Unterpegel	„	— 0,33	0,01	—
Grizehne	„	— 0,16	—	0,01
Havel.				
Brandenburg Oberpegel	25. 8.	+ 2,00	—	—
Brandenburg Unterpegel	„	+ 0,56	—	—
Rathenow Oberpegel	„	+ 1,36	—	—
Rathenow Unterpegel	„	— 0,03	—	—
Havelberg	„	+ 0,57	0,01	—

Wettervorhersage.

Freitag den 27. August: Wechselnde Bewölkung, kühl, strichweise noch Regenschauer. —

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Einmachen ohne Zucker!

Kann man denn das? — Aber gewiß!

Verlangen Sie in dem nächsten einschlägigen Geschäft die bewährten, von vielen Hausfrauen-Vereinen, Kochschulen und Fachleuten erprobten und empfohlenen

Hadenon-Tabletten.

Sie können ohne Zucker **alles** damit einmachen, ohne teure Gläser, Gummiringe, ohne Sterilisieren, auf die allereinfachste Weise mit der Gewißheit des absoluten Gelingens. Nichts verdirbt Ihnen! Und dabei so billig!

2 Pfund Eingemachtes kosten Sie nur 20 Pfennig!

Kein Salicyl oder sonst ein schädlicher Körper! Alles damit Eingemachte bleibt blank und klar und verliert weder Aroma noch den feinen Geschmack.

Wer probt, der lobt!

Aber nur die echten „Hadenon-Tabletten" machen's, es gibt nichts gerade so Gutes oder Besseres.

Sollte der Geschäftsmann „Hadenon-Tabletten" noch nicht führen, so ersuchen Sie ihn, schleunigst bei der

Saccharin-Fabrik, Aktiengesellschaft,

vorm. Fahlberg, List & Co., Magdeburg-Sudenburg, zu bestellen.

In den **Kammer-Lichtspielen** zieht am Freitag den 27. August ein übermütiger Gast ein. **Offi Ofwalda**, die von ihrer erfolgreichen holländischen Gastspielreise zurückgekehrt ist, zeigt sich in einem Lustspiel:

Kakadu und Kiebitze.

Viktor Janson gibt den Boxer Schlappri-Mappri glänzend. Die Regie **Erich Schönfelders** hat einen absoluten Glanzpunkt: Der Boxkampf mit dem wachsenden Aufruhr im Zuschauerraum. Eine famose Sache — — — ein Furioso, Furiosissimo an Tempo und Humor. Köstlich war vor allem der kleine Neger **Willi Allen.** Typisch **Hermann Picha** in einer kleinen Rolle. Man kann sich gesund lachen.

Der zweite Teil des Programms: 115

Mirwal, der Löwenpeiniger

ein Sensationsdrama in 5 Akten, zwingt das Publikum wiederum durch ganz andre Mittel in seinen Bann. Spannend und aufregend vom Anfang bis zum Ende. Straffe Regie, glänzende Darstellung und eine prächtige Ausstattung geben dem Werk eine eigne Note. —

Aufruf!

Angesichts der Tatsache, daß über den Westen immer wieder die Einfuhr großer Mengen Auslandsware, meist alte, verwitterte, ordinäre Heeresbestände, förmlich erzwungen wird, bitten wir dringend, der Arbeitsnot in Deutschland zu gedenken und keine Auslandsfabrikate zu kaufen. Jede Mark dafür entzieht der deutschen Arbeiterschaft eine halbe Mark zu Brot und schädigt die deutsche Volkswirtschaft noch weit mehr. Ueberdies sind deutsche Fabrikate jederzeit besser und preiswerter, ausländische dagegen meist schalenhaltig, mithin nach deutschen Rechtsgrundsätzen verfälscht. —

Die Arbeiterschaft des Reichardt-Werks. E44

Reichardt-Fabrikate erhältlich in der Verkaufsfiliale: Breiteweg 44 sowie in allen an Schildern und Plakaten kenntlichen Geschäften. Sonst direkter Versand ab Reichardt-Werk Wandsbek.

Lehrmeister-Bücherei

Kleintierzucht, Geflügel- u. Bienenzucht

Das Schaf (Nr. 402/4)	Schweinezucht (Nr. 65)
Nutzbringende Ziegenzucht	(Nr. 336/8)
Nutzbringende Kaninchenzucht	(Nr. 170/1)
Der Kaninchenstall	(Nr. 460)
Verarbeit. d. Kaninchenfelle zu Pelzwar.	(Nr. 482)
Rationelle Fütterung d. Kleinhaustiere	(Nr. 97/8)
Gesundheitspflege der Kleinhaustiere	(Nr. 224)
Landwirtschaftliche Geflügelzucht	(Nr. 95/6)
Nutzbringende Hühnerzucht	(Nr. 225/6)
Natürliche Brut u. Aufzucht der Küken	(Nr. 265)
Künstliche Brut und Aufzucht	(Nr. 130)
Nutzbringende Gänsezucht	(Nr. 262)
Nutzentenzucht (Nr. 263/4)	Nutztaubenz. (Nr. 50)
Geflügelkrankheiten	(Nr. 92/4)
Bienenweide-Pflanzen	(Nr. 326)
Handbuch der Bienenzucht	(Nr. 172/7)
Leitfaden der Bienenzucht	(Nr. 10/1)
Selbstanfertigung v. Bienenwohnungen	(Nr. 412/3)
Korbbienenzucht im gemischten Betriebe	(Nr. 461/3)
Monatskalender für Bienenzüchter	(Nr. 178)

Preis jeder Nummer 1.00 Mk.

Buchhandlung Volksstimme

Große Münzstraße 3.

Carl Diederich

Fabrikation nur erstklassiger

Herrenconfektion

Hasselbachstr. 10 Ecke Prälatenstr.

Der Zeit Rechnung tragend

ohne Rücksicht auf den Gestehungspreis

3 Sonder-Angebote 1954

in

Herren- u. Damenstoffen

für Anzüge, Kostüme und Mäntel.

1. Angebot!

Blaue und gemusterte Cheviots ferner schwere Mantelware Meter Mk. 40.00

2. Angebot!

Blaue, grau u. braun karierte Cheviots i. versch. Farbenzusammenstell. Mtr. Mk. 60.00

3. Angebot!

Blaue, grau und braun karierte und einfarbige Cheviots, olив und braune Damenkostüme schwere Mantelware Meter Mk. 90.00

Auf Wunsch Anfertigung dieser gekauften Stoffe in feinster Maßkonfektion inkl. bester Zutaten der Herren-Jackettanzug

Serie 3 250.00 Serie 2 300.00 Serie 1 450.00

Barleben!

Eröffne am Freitag meine

Rind- und Schweine-Schlächterei

und bitte die werte Kundschaft, sich in die Kundenliste eintragen zu wollen. 3785

Karl Kietz, Barleben

Breiteweg 65.

Pelzwaren

Neuanfertigung von Geh- und Sportpelzen, Kragen und Muffen, Pelzmäntel nach Maß in eigner Werkstatt

Großes Lager fertiger Pelzwaren und Felle.

Umarbeitungen schnell und preiswert. 3787

Emil Straske Kürschnerei Pappelallee 21.

Die Frist zur Bezahlung des Schulgeldes für das zweite Vierteljahr 1920 (Juli—September) für die höhern Knaben- und Mädchenschulen ist abgelaufen.

Das noch restierende Schulgeld ist nunmehr binnen acht Tagen — vom 30. August bis einschließlich 7. September 1920 — zu zahlen. Nach diesem Termin erfolgt zwangsweise Einziehung. 21

Magdeburg, den 21. August 1920.

Der Magistrat der Stadt Magdeburg.

CORNUCOLL

HOF-APOTHEKE BREITEWEG 158

Vom 1. September 1920 ab werden die **Ausgabestellen** für Frachtstückgut bei den Güterabfertigungen der Bahnhöfe in Magdeburg nachmittags 5 Uhr geschlossen.

Magdeburg, im August 1920.

Eisenbahndirektion Magdeburg.

Erfinder verlangen gegen 75 Pfg. in Briefmarken den 52seitigen unentbehrl. **Erfinderwegweiser v. Patentbureau Böhme, Halberstadt.**

Fahrrad 3792

erstkl. Adlermaschine mit prima Gebirgsbereifung, verk. zu 475 u. 750 M. **Voigt, Papenstr. 15.**

Silb. Armbanduhr von Thiemstraße bis Martinstraße verloren. Geg. gute Belohn. abzugeb. Martinstr. 2, II l.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden beim Heimgang unsrer lieben Entschlafenen Fr. Witwe **Anna Hartwig** sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.

Besonders danken wir den Arbeiterinnen der Saccharin-Fabrik sowie Herrn Pastor Trinius. 3789

Magdeburg-Südost, den 25. August.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Arbeitsmarkt

Städtisches Arbeitsamt

Vermittlungsstelle für das Bekleidungsgewerbe

Weinaßstr. 9. Fernruf 8101.

Gesucht werden:

1 Zuschneidemeister, der zugleich Modelleur sein muß,
1 Steppmeister, der die neusten Maschinen kennt,
1 Werkmeister, der mit allen Maschinen der Schuhfabrikation vertraut ist und mit Erfolg in leitender Stellung tätig war. 135

5 perfekte Weißnäherinnen für feinste Herren-Oberhemden und Damenwäsche (Werkstatt- und Heimarbeit),
1 Handschuhtamburiererin.

Vermittlung kostenlos.

1913 **Geübte**

Offset-Anlegerinnen

für Rotary-Apparat sofort gesucht

Gebrüder Walter,

Papierverarbeitungswerk, Magdeburg-Neustadt Kolbitzer Straße 4.

Nur

Freitag — Sonnabend

Damen-Strümpfe englisch lang — Serie I 8.45 | Serie II 9.75 | Serie III 14.50 | Serie IV 17.50

Bettlaken Ia. Haustuch Stück 78.00 **58.00** | **Gingham** für Kleider und Schürzen, große Breite Meter **24.50** | **Kleiderstoff**, schwarz-weiß kariert, 100 cm breit Meter **24.50** | **Zephir** für Blusen u. Hemden Mtr. **12.75**

Handtücher Halbleinen, Gerstenkorn und Drell . . . . . Meter 17.50 **14.50**

Schlafdecken Stück 58.00 42.00 **38.00** | Ein Posten **Bettvorleger** . 29.50 **24.50**

Korsetts aus derben Stoffen, mit Langette und Gummi-Strumpfhalter . . . . Stück **38.50**

Kinder-Schürzen prima Stoff, neuste Verarbeitung Länge 50 **16.50** Länge 70 **22.50**

Hausschürzen Gingham, extra weit . . . . . Stück **24.50**

Wiener Schürzen aus guten Stoffen . . . . . Stück **32.00**

Großer Posten Kleiderröcke schwarz, marine, kariert Stück 72.00 58.00 **48.00**

Wäsche-Stickerei, Prima Qualität

Serie I durchweg Mtr. **1.95** | Serie II durchweg Mtr. **2.75** | Serie III durchweg Mtr. **3.95** | Serie IV durchweg Mtr. **6.75**

Druckknöpfe . . . Dutzend 45 **15 ₰** | **Strumpfhalter** für Kinder Paar 75 **50 ₰**

Nähseiden alle Farben 50 Mtr. **3.75** | **Haarnadeln** . . . . . Brief **45 ₰**

Vorhemden farbig . . . . . Stück **4.95** | **Wolle** ½ Pfd. **5.90** | **Herren-Sportmützen** farbig . . . . . Stück **8.75**

Herren-Hosenträger prima Gurtband, mit Gummiträger Paar **9.75** | **Selbstbinder** breite Form, moderne Muster . Stück **12.75**

Kernseife . . . Riegel **5.90** | **Feinseife** . . . Stück **3.45** | **Seifenpulver** ½-Pfund-Pack. . . **1.95**

Butterbrotpapier 100 Blatt **1.95** | **Schuhcreme** schwarz Dose . **95 ₰** | **Waschpulver** Salmiak Pack. . . **1.65**

Damen-Halskette m. Anhäng. Stück **95 ₰** | **Herren-Uhrketten** . Stück **1.65**

1 Posten Portemonnaies b. Ausf. Stück **95 ₰** | **Frühstückstaschen** Wachstuch Stück **2.25**

Lack-Damengürtel moderne Form . . . Stück **4.75**

Ca. 500 Wasserkannen verschiedene Dekors — Serie I **3.50** | Serie II **5.50** | Serie III **8.50**

Ca. 1000 Schüsseln mit blauem Rand . . . . . Stück **2.65** | **Ca. 400 Emaille-Kaffeeflaschen** ¾ Liter Inhalt, mit Verschluß . . **5.75**

Ca. 500 Blumenkübel bunt **1.85**

Raphael Wittkowski

Breiteweg 61.

Fürstenhof-Tunnel

Wochentags ab 7½ Uhr, Sonntags ab 4 Uhr
Große Vorstellung der
beliebten Bayern.
Freitag
Programmwechsel.

Altmärker Hof, Träusberg 51

Freitag, Sonnabend und Sonntag vorm. 10, nachm. 4 u. abds. 8 Uhr
Gr. Preisskat
Lebende Enten und Kaninchen sowie andre Fleischpreise. 3798

Reichhalt. kräft. Mittags- u. Abendtisch à 2.00 Mk. Gast- u. Logierhaus Alte Rose, Schwertfegerstr. 22. 3653

Radrennen!

Heute Freitag den 27. August, nachmittags 5.30 Uhr

Preis der Sportwoche

:: Dauerrennen hinter Motoren über 1 Stunde ::

1850

Pawke (Berlin)
Boring (Magdeburg)
Rosenlöcher (Dresden)
Brummert (Magdeburg)

Flieger-Rennen

Kleine Eintrittspreise.

115

Tonbild-Theater

Ecke Breiteweg u. Berliner Straße

Das kleine vornehme Theater.

Maria Zelenka in **Fremde Welten** Schauspiel in 5 Akten.

Hedda Vernon, Wilhelm Diegelmann in **Alles verkehrt** Lustspiel in 3 Akten.

Salonorchester!

Beginn der letzten Vorstellung 8½ Uhr.

Kammer-Lichtspiele

Ab Freitag den 27. August

Mirwal, der Löwenpeiniger

Sensationsdrama in 6 Akten

Olff Oltwalda, Viktor Janson, Hans Brockmann, Rudolf Sentus, Hans Junkermann, Willi Allen (kleiner Neger) in

Kakadu und Kiebitz

Filmkomödie in 4 Akten.

Die Kritik schreibt: Kommen, sehen und lachen! Das Publikum nimmt enthusiastischen, aktiven Anteil.

Beginn: Sonntags 3 Uhr, wochentags 6 Uhr, Ende 10.45 Uhr. Beginn der Abendvorstellung 8.30 Uhr.

Sonntag von 11 bis 1 Uhr: Frühvorstellung.

Restaurant Weinbergstraße 27

Sonnabend, 28. August
Gr. Preisskat
1. Preis: Ein lebendes Schwein.
Es ladet ergebenst ein
3791 Ernst Rachholz.

Gutenswegen.

Sozialdemokrat. Verein.

Unsre Mitglieder werden zu dem am Sonnabend den 28. August stattfindenden
Theaterabend mit Ball
hiermit freundlichst eingeladen.
1953 Der Vorstand.

Vogelgesang 1610

Großer Rosen- und Dahlienflor

Zentraltheater

Allabendlich 7¼ Uhr
Die Förster-Christel

Hofjäger

1836 Täglich abends 7.30 Uhr
Sensations-Gastspiel
der berühmten
Original-Leipziger Fritz-Weber-Sänger
Dir. Fritz Weber
Wiederum ein glänzend, vollständig neues Elite-Programm, u. a.
Alt-Heidelberg
Lebendes Bild von Marcellus
und die tolle Burleske
Die lustige Witwe
Außerd. Auftreten sämtl. Herren in ihren neuen erstklassigen Originalvorträgen und Soli.
Vorverkauf bei C. Jacobs, Ulrichsbogen
Jeden Sonntag Programmwechsel!
Täglich nachm. 4 Uhr
Garten-Konzert.

Städtische Theater. Viktoria-Theater.

Freitag den 27. August 1920
Das Extemporale.
Sonnabend: Urfaust.

Stephanshallen

1846 das wirkliche
Volks-Theater.
Anfang der Vorstellung ½8 Uhr

---

1 Gehrockanzug 1 Frack

fast neu, mittlere Figur, preiswert zu verkaufen. 3796
Walter Bühring, Schmidtstraße Nr. 18.

Eleg. Kinderwagen f. neu, bill. z. vk. Koch, Weinberg 13, II.

ZL ZL **ZL** ZL

Zirkus-Lichtspiele

Freitag bis einschließlich Montag:

Die Peruanerin

Schauspiel in 4 Akten
mit
Mady Christians
Reinhold Schünzel

Die beiden Ehen des Edgar Hallinger

Drama in 5 Akten
mit
Sybill Smolowa

Selbstgefertigte eichene
Schlafzimmer Küche
Rosin, Tischlermeister, Zschortteile. 6. 3716

Empfehle Freitag früh frisch eintreffend
Fluß- und Seefische
Bratfische
Pfund 2.00 Mk.
Schellfische, Kabeljau, Seelachs, Hechte, Brassen, Schollen. 3793
Berta Weiß, Gr. Junkerstr. 8.

Prima frisch geschlachtet Hundefleisch- u. -fett-Verkauf
Freitag 3 Uhr und Sonnabend.
Fleisch billiger.
Marcellin, Margarethenstr. 4.

Transport Prima 3786
Altm. Ferkel u. Futterschweine
b. 50 Pfd., stehen sehr bill. z. Verk. bei Fr. Dietrichs, N.-Neustadt, Schmidtstr. 21, Ecke Heinrichspl.

Großer Transport 3891
fleischig., fest. Pölke u. Ferkel trifft Freitag abend 7 Uhr ein.
Verkauf billig, schon v. 70 ℳ an.
Erich Wendt, Fermersleben, Mertensstraße 56. Tel. 7339.

---

3 Futterschweine
hat abzugeben 3783
A. C. Brandt,
Barleben, Poststraße 11.

Wer streichen will

kauft alle Lacke, Farben, Pinsel etc.
immer noch preiswert und gut bei 1779
Erwin Prange Erstes Spezialgeschäft für alle Lacke, Farben, Leime.
Magdeburg, Berliner Straße 29, Eckladen. — Fernspr. 7302.

Das neue PROGRAMM der S.P.D. aufzubauen, ist die dringlichste Pflicht aller Parteigenossen.

Darum muß sich jeder mit den auf Anordnung des Parteivorstandes herausgegebenen 28 Gutachten zur

Revision des Erfurter Programms

eingehend befassen :: Preis 8,75 Mark

Zu beziehen durch: Buchhandlung Volksstimme, Große Münzstraße 8

Deutscher Metallarbeiter-Verband

— Verwaltung Magdeburg. —

Geschäftsstelle: Große Münzstraße 3, I. — Geschäftsstunden: Werktags von 10 bis 5 Uhr, Sonnabends von 10 bis 2 Uhr. — Sonntags geschlossen. — Telephonruf 1912.

Freitag den 27. August, nachmittags 4 Uhr, bei Koppehl, Tischlerkrugstraße 28,

Branchen-Versammlung

der Orthopädiemechaniker und Bandagisten.

Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Bezirk Olvenstedt.

Sonnabend den 28. August, abends 7½ Uhr, im Lokal des Herrn Wulkau

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

127 Die Verwaltung.

Deutscher Eisenbahner-Verband

Ortsverwaltung Magdeburg.

Am Freitag den 27. August, abends 7 Uhr, im „Bürgerhaus", Stephansbrücke 38,

Betriebsräte-Vollversammlung.

Tagesordnung:
1. Delegiertenwahl zur Bezirkskonferenz der Betriebsräte. 2. Mitteilungen. 3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Nur für Betriebsratsmitglieder gegen Ausweiskarte Zutritt gestattet. Die Ortsverwaltung.

1780

Raucht Bonitas!

Walhalla Lichtspiele

Apfelstraße 12 — Apfelstraße 12

Ab Freitag den 27. August

Der Feuerreiter

Ein Filmdrama in 5 Akten.
In der Hauptrolle:
Bruno Kastner.

— Dazu —

Die Augen als Ankläger

Sensations-Detektivdrama in 5 Akten.
In der Hauptrolle:
Evi Eva die deutsche Sensations-Darstellerin.

Spielzeit: Wochentags 6 bis 10¼ Uhr, Sonntags 3 bis 10¼ Uhr.
1848